

# POLITIKMONITORING

TPM 2021.23 vom 07.06.2021

## ANALYSE I

S. 3

### ERGEBNISSE DES EU-VERKEHRSMINISTERRATS

Luft-, Schiffs-, Straßen- und Schienenverkehr – in seiner Sitzung am Donnerstag positionierte sich der Rat für Verkehr zu mehreren EU-Vorhaben. Gefasst wurden unter anderem Beschlüsse zum einheitlichen Luftraum, zu Mietwagen im Güterverkehr und zur Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität.

## ANALYSE II

S. 7

### REGIERUNG VERTEIDIGT NACH EUGH-URTEIL IHREN KURS

Nach dem EuGH-Urteil zur Luftverschmutzung in den Städten hat die Bundesregierung ihren Kurs verteidigt – und verweist auf die Erfolge der letzten Jahre. Die Opposition findet das scheinheilig. Jetzt sind die Städte und Kommunen gefragt. Sie müssen neue Maßnahmen vorlegen, um die Grenzen künftig einzuhalten.

## ANALYSE III

S. 11

### FORSCHUNG FÜR MEHR IT-SICHERHEIT

Die Bundesregierung setzt weiterhin auf Forschung beim Kampf gegen Cyberkriminalität. Mit dem neuen Forschungsrahmenprogramm zur IT-Sicherheit sollen bereits erfolgreiche Strukturen durch neue Formate ergänzt werden. Mindestens 350 Millionen Euro stehen dem BMBF künftig dazu zur Verfügung.

## ERGEBNISSE

S. 14

### BUNDESREGIERUNG

Mobilität im Teamwork spürbar besser geworden  
Bundesregierung startet Wasserstoff-Kompass

### BUNDESTAG

Planungsauftrag für Vorhaben des Bedarfsplans Schiene  
Ladeinfrastruktur  
"Gewährleistungsaufgabe des Bundes"  
Messverfahren für CO2-Ausstoß

### STAKEHOLDER

Kombinierter Verkehr soll für kleine und mittelgroße Transporteure attraktiver werden  
Weltfahrradtag 2021: Mehr Tempo beim Ausbau des Radverkehrsnetzes notwendig

## STATUS

S. 36

### NEU

Keine neuen Gesetze und Verordnungen



### AKTUELL

Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes  
Erstes Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes



### VERABSCHIEDET

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen



## AUSBLICK

S. 66

### BUNDESTAG

233. Sitzung des Deutschen Bundestages  
122. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie  
114. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur

### BUNDESRAT

Sitzung des Rechtsausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)  
Sitzung des Verkehrsausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

### TERMINE

Nationaler ÖPNV-Gipfel  
Tagesspiegel zur Zukunft der Mobilität  
Industriekreis Elektromobilität zu Klimaschutz, Ladeinfrastruktur und Smart Mobility



## EINE SICHERE DEKADE

### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

"Null Verkehrstote – das ist das Ziel", fasst Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die "Vision Zero" zusammen, die sich CDU, CSU und SPD 2018 als Leitbild in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hatten. Das darin angekündigte neue Verkehrssicherheitsprogramm für 2021 bis 2030 beschloss das Bundeskabinett vergangene Woche. Im ersten Kapitel werden die Schwerpunkte für die neue Dekade skizziert, innerhalb derer die Zahl der Verkehrstoten um 40 Prozent sinken soll. Das zweite Kapitel enthält einen Überblick über bereits laufende Maßnahmen, unterteilt in zwölf Handlungsfelder, auf die sich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände im Rahmen des Anfang Mai gegründeten "Pakts für Verkehrssicherheit" verständigt hatten.

Zu den Kernaussagen des Programms zählt, dass der Bund neue Technologien des automatisierten, autonomen und vernetzten Fahrens "zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aktiv nutzen" will. Existierenden Fahrzeugassistenzsystemen will der Bund zur Marktdurchdringung verhelfen. Für eine bessere Infrastruktur soll etwa die Entwicklung "eines elektronischen 'Verkehrsschautools' für die Bestandsüberprüfung der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen" sorgen. Helfen sollen auch eine bessere Datenerfassung von Unfällen, eine "Radverkehrsoffensive" und eine "Fußverkehrsstrategie". Den alle zwei Jahre erscheinenden Unfallverhütungsbericht will das BMVI um "Verkehrssicherheitsindikatoren" ergänzen, "welche zusätzlich zu den etablierten Unfall- und Unfallopferzahlen eine Änderung des Sicherheitsniveaus im Verkehrssystem messbar machen" sollen. Konkrete neue legislative Maßnahmen fehlen im Programm.

Kommen Sie gut durch die Woche!

 ANALYSE I

# ERGEBNISSE DES EU-VERKEHRSMINISTERRATS

LUFTFAHRT

MOBILITÄT

SCHIFFFAHRT

EU

GÜTERVERKEHR

**CHRISTIAN KRUG**

Der einheitliche europäische Luftraum, Mietfahrzeuge im Güterverkehr, Binnenschiffahrt, die Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität sowie das europäische Jahr der Schiene – in seiner letzten Sitzung unter portugiesischem Vorsitz in diesem Halbjahr positionierte sich der Rat der EU-Verkehrsminister:innen am Donnerstag zu mehreren Vorhaben auf europäischer Ebene. Damit ebnet er unter anderem den Weg zu Trilogverhandlungen zu mehreren Gesetzesvorhaben, die ab 1. Juli unter neuem Ratsvorsitz geführt werden. Slowenien übernimmt die Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Ergebnisse der Sitzung.

## SINGLE EUROPEAN SKY 2+

Die Initiative für einen einheitlichen europäischen Luftraum (Single European Sky, SES) zielt auf ein effizienteres Flugverkehrsmanagement innerhalb der EU ab. 2013 legte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Überarbeitung der dazugehörigen Gesetzestexte vor (SES 2+), die Aktualisierung wurde aber nicht abgeschlossen. Im Zuge des Grünen Deals griff die Kommission das Vorhaben deshalb wieder auf und legte im September 2020 einen "geänderten Vorschlag für die Neufassung der Verordnung zum einheitlichen europäischen Luftraum" und einen "Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Grundverordnung für die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA)" vor. Mit der nun getroffenen Einigung auf eine "Allgemeine Ausrichtung" hat der Rat seine Position gefunden und kann nun in Verhandlungen mit dem Parlament treten. Dessen Positionierung steht allerdings noch aus.

Die Verkehrsminister:innen stimmen zwar den Zielen der vorgeschlagenen Aktualisierung zu, also unter anderem der Erhöhung der Sicherheit, einer Reduzierung der Emissionen und der Berücksichtigung von Drohnen im Luftraum. Allerdings schlagen sie Änderungen in Bezug darauf vor, wie die Ziele erreicht werden sollen. Für weniger Bürokratie soll etwa der Vorschlag des Rates sorgen, den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, dieselbe Behörde sowohl mit der Wirtschafts- als auch der Sicherheitsaufsicht zu beauftragen. Zu beiden Aspekten sollen Flugsicherungsdienste auch nur ein Zeugnis respektive eine Zulassung erlangen müssen und nicht – wie im Kommissionsvorschlag vorgesehen – zwei separate.

Die Position des Rates sieht außerdem vor, dass die Kommission und die nationalen Aufsichtsbehörden die Arbeit der Flugsicherungsdienste bewerten. Die Kommission soll dafür ein Gremium benennen können ("Performance Review Body"). Der Rat betont in seiner dazugehörigen Pressemitteilung aber auch, dass dafür bei der EASA "keine neuen Strukturen geschaffen werden" sollen. Die Bewertung der Leistungen soll zudem Umweltaspekte miteinbeziehen.

Für mehr Effizienz und Umweltschutz wollen die Verkehrsminister:innen den Mitgliedstaaten ermöglichen, "variable Gebühren" einzuführen. Die Kommission soll dazu eine Studie zum Effekt unterschiedlicher Gebühren auf EU-Ebene durchführen. Darüber hinaus will der Rat der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol) mehr Kompetenzen zur Koordinierung des Luftverkehrsnetzes geben. Wieder aufgenommen in die Gesetzgebung zum SES werden soll die Möglichkeit zur Schaffung funktioneller Luftraumböcke ("Functional Airspace Blocks") zwischen Mitglied- und gegebenenfalls Drittstaaten. Die Einrichtung dieser soll weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen.

## MIETFAHRZEUGE IM GÜTERVERKEHR

Auf eine weitere Allgemeine Ausrichtung konnte sich der Rat zum Vorschlag einer Richtlinie "über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr" einigen. Diesen legte die Kommission 2017 im Rahmen des Mobilitätspakets vor. Das Parlament hat seine Position bereits 2019 in erster Lesung beschlossen. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, "bestehende Beschränkungen aufzuheben und einen klaren und einheitlichen Regelungsrahmen zu schaffen, damit Verkehrsunternehmen überall in der EU den gleichen Zugang zum Markt für Mietfahrzeuge erhalten", heißt es im Ratsstandpunkt.

Die für Verkehr zuständigen Minister:innen betonen, dass die Verwendung von Mietfahrzeugen Produktivität und Flexibilität der Güterverkehrsunternehmen steigern kann. Ein Mitgliedstaat soll in seinem Hoheitsgebiet deshalb nicht die "Verwendung eines Fahrzeugs, das von einem in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Unternehmen gemietet wurde", beschränken dürfen, solange Zulassungs- und andere Vorschriften eingehalten werden. Aufgrund der unterschiedlichen Kraftfahrzeugsteuersätze soll ein Mitgliedstaat einem bei sich niedergelassenen Unternehmen allerdings Grenzen zur Verwendung von Mietfahrzeugen in anderen EU-Ländern setzen können. Diese könnten sowohl den Zeitraum als auch die Anzahl der Fahrzeuge betreffen.

Darüber hinaus will der Rat elektronische Dokumente als Nachweis zur Einhaltung der Richtlinie zulassen. Um illegale Kobotage zu vermeiden, sollen die zuständigen Behörden in ihren nationalen elektronischen Registern auch die Kennzeichen von in anderen Mitgliedstaaten gemieteten Fahrzeugen aufnehmen. Der Rat will der Kommission "Durchführungsbefugnisse hinsichtlich der Mindestanforderungen an die Daten, die in das einzelstaatliche elektronische Register einzutragen sind, übertragen".

## BESCHÄFTIGUNG IN DER BINNENSCHIFFFAHRT

Um einen neueren Vorschlag handelt es sich beim "Entwurf einer Richtlinie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/2397 hinsichtlich der Übergangsmaßnahmen für die Anerkennung von Zeugnissen aus Drittländern", den die Kommission im Februar dieses Jahres vorgelegt hat. Damit soll eine Regelungslücke geschlossen werden, um die Beschäftigung von Besatzungsmitgliedern aus Drittstaaten in der Binnenschifffahrt weiterhin zu ermöglichen. Diese stellen in dem Sektor, der bereits einen Fachkräftemangel verzeichnet, einen "signifikanten" Teil der Beschäftigten dar, heißt es in der Allgemeinen Ausrichtung des Rates. Die Verkehrsminister:innen fordern wenige Änderungen am Kommissionsvorschlag, unter anderem eine Ergänzung, dass die Mitgliedstaaten Zeugnisse, die vor dem 18. Januar 2024 von Drittstaaten ausgestellt wurden, bis 17. Januar 2032 anerkennen dürfen.

## NACHHALTIGE UND INTELLIGENTE MOBILITÄT

Der Rat befasste sich am Donnerstag nicht nur mit konkreten legislativen Vorschlägen, sondern etwa auch mit der von der Kommission Ende 2020 vorgelegten Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität (vgl. TPM 2020.50). In seinen Schlussfolgerungen begrüßt er die mittel- und langfristige "Vision" für den Mobilitätssektor. Die Verkehrsminister:innen betonen dabei auch, dass jede Maßnahme gemeinsam und möglichst kosteneffizient durchgeführt werden sollte. Dabei sollen die unterschiedlichen Ausgangslagen der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Der Rat erkenne die in der Strategie definierte Finanzierungslücke von 230 Milliarden Euro jährlich bis 2030 an und betont die Notwendigkeit für öffentliche Investitionen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. In diesem Kontext begrüße er die aktuell von der Europäischen Investitionsbank (EIB) durchgeführte Revision der eigenen Finanzierungspolitik im Verkehrsbereich.

Eine erfolgreiche Förderung des Einsatzes alternativer Antriebe benötige ein "Update" des EU-Rechtsrahmens, so der Rat weiter. Dabei sollen die Prinzipien "polluter pays" und

"user pays" beachtet werden. Betont wird in den Schlussfolgerungen auch, dass Multi-modalität nur mithilfe einer Interoperabilität von Reiseinformationen sowie Ticketverkauf und -bezahlung möglich ist. Zur Digitalisierung des Verkehrssektors ruft der Rat zu einer schnellen Einrichtung eines EU-Mobilitätsdatenraums auf. Im Zuge der von der Kommission angekündigten "Urban Mobility initiative" sollen "aktive" Transportmöglichkeiten wie Fahrrad und zu Fuß gehen berücksichtigt werden, ebenso wie der öffentliche Verkehr und neue Mobilitätsangebote. Die Kommission soll zudem regelmäßig die in ihrer Strategie angekündigten Maßnahmen auf ihre Effektivität prüfen.

## EUROPÄISCHES JAHR DER SCHIENE

Im Zuge des von der EU ausgerufenen "Jahrs der Schiene" hat der Rat der Verkehrsminister:innen auch Schlussfolgerungen zur Förderung des Sektors angenommen. Darin betonen die Mitgliedstaaten die positiven Klimaeffekte der Verkehrsverlagerung (modal shift) weg von emissionsstarken Transportwegen hin zum Schienenverkehr. Reguläre Evaluierungen der Gesetzgebung sollten deshalb auch mehr den Aspekt der Verkehrsverlagerung miteinbeziehen. Evaluiert werden sollten zudem die Mittel- und Langstreckenverbindungen zwischen europäischen Großstädten. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hätten auch gezeigt, heißt es in den Schlussfolgerungen, dass die Resilienz des Sektors gestärkt werden müsse. Der Fokus sollte hierbei etwa auf den grenzüberschreitenden Verbindungen liegen. Der Rat ruft die Kommission darüber hinaus dazu auf, mögliche EU-Programme zur wettbewerbskonformen Förderung von Eisenbahnunternehmen zu überprüfen.

### POSITIONEN

#### Lukas Iffländer (stv. Bundesvorsitzender, Pro Bahn)

"Nach unserer Ansicht muss die EU alle Schritte in Richtung Europakt priorisieren. Nur mit einer international abgestimmten Fahrplangestaltung kann die europäische Eisenbahn attraktiv genug sein, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. [...] Das Ziel muss ein einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum analog zum einheitlichen Europäischen Luftraum sein. Wenn die nationalen Bahnen das nicht hinbekommen, brauchen wir einen europäischen Eisenbahninfrastrukturbetreiber."

(pro-bahn.de, 03.06.2021) <http://tsp.pm/X7cSA2>

### DOKUMENTE

Rat der EU: Ergebnisse des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie (Verkehr) (03.06.2021)

<http://tsp.pm/zNe13s>

Rat der EU: Amended proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the implementation of the Single European Sky (recast) – General approach ADD 1 (2020/0264(COD))

<http://tsp.pm/bMXx9f>

Rat der EU: Amended proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the implementation of the Single European Sky (recast) – General approach ADD 2 (2020/0264(COD))

<http://tsp.pm/yRwq7w>

Rat der EU: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr – Allgemeine Ausrichtung (2017/0113(COD))

<http://tsp.pm/QiVebZ>

Rat der EU: Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directive (EU) 2017/2397 as regards the transitional measures for the recognition of third countries certificates – General approach (2021/0039(COD))  
<http://tsp.pm/vK1JEO>

Rat der EU: Council conclusions on the Commission's Sustainable and Smart obility Strategy – Approval (25.05.2021)  
<http://tsp.pm/o9a0jg>

Rat der EU: Council conclusions on "Putting Rail at the Forefront of Smart and Sustainable Mobility" – Approval (25.05.2021)  
<http://tsp.pm/WMH3N3>

 ANALYSE II

# REGIERUNG VERTEIDIGT NACH EUGH-URTEIL IHREN KURS

EMISSIONEN

EU

LUFTREINHALTUNG

RECHT

STÄDTE/KOMMUNEN

JANA KUGOTH

Jahrelang hat Deutschland in vielen Städten die von der EU vorgegebenen Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) überschritten. Damit habe die Bundesrepublik EU-Recht gebrochen, urteilte am Donnerstag der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Die EU gibt vor, dass der NO<sub>2</sub>-Gehalt im Jahresmittel nur 40 Mikrogramm je Kubikmeter Luft betragen darf. Dieser Wert darf an keiner Messstation überschritten werden. Deutschland ist nach Frankreich und Großbritannien der dritte EU-Staat, bei dem der EuGH festgestellt hat, dass er gegen die seit 2010 geltenden Grenzwerte verstößt und nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat. Insgesamt hat die Europäische Kommission wegen Überschreitung der Luftqualitäts-Grenzwerte fünf Mitgliedstaaten verklagt, die Urteile gegen Italien und Spanien stehen noch aus.

Eingereicht wurde die Klage gegen Deutschland im Jahr 2018. Der Richterspruch bezieht sich auf die Jahre 2010 bis 2016. Vor fünf Jahren wurden die Grenzwerte noch in 90 deutschen Städten zum Teil erheblich überschritten. In den Folgejahren ist die Anzahl kontinuierlich zurückgegangen, wie Daten vom Umweltbundesamt (UBA) zeigen. Im vergangenen Jahr waren es nur noch sechs Städte, die die Latte gerissen haben: München (54 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel), Ludwigsburg (47), Limburg (44), Stuttgart (43), Darmstadt (42) und Hamburg (41). Die Belastungen lagen 2020 alle unter den Werten von 2016.

## ABGASNORMEN UND CORONA SENKEN NO<sub>2</sub>-AUSSTOß

Dass die Grenzwerte im Trend in den vergangenen Jahren zurückgingen, führt Marcel Langner vom UBA vor allem darauf zurück, dass zunehmend Dieselmotoren mit der Abgasnorm 6d-temp und 6d auf der Straße unterwegs sind. Die stoßen deutlich weniger Schadstoffe aus als ihre dreckigen Vorgänger, "und deren Emissionen sind auf dem Prüfstand in etwa gleich wie auf der Straße". Jahrelang gab es Regelungslücken, die Autoherstellern legal erlaubten, ihre Abgaswerte kreativ auszulegen. Hinzu kamen die geschönten Werte im Rahmen des Dieselabgasskandals.

Allerdings trügen je nach Stadt und Gebiet auch Sondereffekte dazu bei, dass die Luft besser werde, wie zum Beispiel die Nachrüstung von Dieseln Bussen sowie der allgemeine Verkehrsrückgang durch Corona im vergangenen Jahr, ergänzt Langner im Gespräch mit dem Tagesspiegel.

Die Bundesregierung verbucht den Rückgang als ihren Erfolg. "Entscheidend für die positive Entwicklung waren die richtigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung von Bund und Ländern", lobt Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) die Arbeit der Großen Koalition. Auch Schulze führt die neuen Abgasnormen für Diesel-Pkw ins Feld, die "für mehr saubere Fahrzeuge auf der Straße, und nicht nur auf dem Papier" gesorgt hätten. Über das Sofortprogramm Saubere Luft stelle der Bund insgesamt 1,5 Milliarden Euro bereit, damit die Busflotte des ÖPNV elektrisch wird oder Diesel-Busse nachgerüstet werden. "Auch die Maßnahmen der Städte, wie Tempo-30-Zonen und die Nachrüstung von Bussen des ÖPNV, leisten einen wertvollen Beitrag für die Luftqualität vor Ort", sagt die Ministerin.

Aus den Töpfen des Sofortprogramms Saubere Luft wurden nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums bis Ende 2020 für rund 1.000 bewilligte Förderanträge etwa 904 Millionen Euro fest zugesagt.

### KRITIK AUS DER OPPOSITION

Die Opposition findet das scheinheilig. Sie wirft der Bundesregierung jahrzehntelange Versäumnisse vor und fühlt sich durch das Urteil aus Luxemburg bestätigt. "Das Gericht dokumentiert das jahrelange Versagen, die Bevölkerung ausreichend vor Abgasen zu schützen", kommentieren Oliver Krischer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen, und seine Parteikollegin Bettina Hoffmann, Sprecherin der Fraktion für Umweltpolitik.

Sie beschuldigen Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) und seine Vorgänger, aus Rücksicht auf die Autolobby nicht genug getan zu haben: "Die CSU-Verkehrsminister wussten, dass billige und nicht funktionierende Abgastechnik verbaut wird und haben Gesundheitsgefahren für die Menschen in den Innenstädten billigend in Kauf genommen", sagen Krischer und Hoffmann. "Gesetzliche Vorgaben spielten für die Minister offenbar keine Rolle." Entwarnung könne man noch lange nicht geben, so die Grünen – sie verweisen auf Daten der EU-Umweltagentur (EUA), nach denen in Deutschland im Jahr 2018 rund 9.200 Menschen vorzeitig aufgrund der NO<sub>2</sub>-Luftbelastung starben. In der ganzen EU waren es 54.000 Menschen. Jetzt brauche es "mehr Tempo bei der Verkehrswende".

Nach dem Urteil aus Luxemburg sind die betroffenen Länder und Kommunen dazu angehalten, in den kommenden Wochen konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, wie sich die Werte weiter senken lassen. Sonst drohen hohe Bußgeldzahlungen. Konkrete Vorgaben dazu, welche Maßnahmen das sein könnten, macht das Gericht nicht. Grundsätzlich sei nicht ausgeschlossen, dass die Länder und Städte, die weiterhin die Grenzwerte reißen, auch Dieselfahrverbote in Erwägung ziehen müssen, um die Vorgaben der Gerichte einzuhalten, sagt UBA-Experte Langner. Wenn allerdings, wie beispielsweise in Hamburg, möglicherweise davon ausgegangen werden könne, dass die Werte im kommenden Jahr eingehalten werden, sei das eher unwahrscheinlich. "Es kommt auf die Verhältnismäßigkeit an", so der Leiter des Fachgebiets Grundsatzfragen der Luftreinhaltung.

Eine noch höhere praktische Relevanz als das EuGH-Urteil dürften die vor einer Woche vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig gefällten Urteile gegen die Stadt Hamburg und das baden-württembergische Ludwigsburg haben. Die beiden Städte müssten ihre Luftreinhaltepläne überarbeiten und schnell mit konkreten Maßnahmen die Grenzwerte für NO<sub>2</sub> einhalten, fordert das Gericht.

### POSITIONEN

#### **Svenja Schulze (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)**

"In Deutschland haben wir in den letzten Jahren viel für die Luftqualität erreicht. 2016 wurden die Grenzwerte noch in 90 Städten teils erheblich überschritten. Im Jahr 2020 reißt nur noch ein Bruchteil davon die Latte – das ist ein großer Erfolg. Dennoch sind sechs Städte mit Grenzwertüberschreitung immer noch sechs Städte zu viel. Daher unterstützt die Bundesregierung auch weiterhin alle Kommunen, damit wir das EU-Ziel schon bald komplett erfüllen und unseren Erfolg dauerhaft sichern. Entscheidend für die positive Entwicklung waren die richtigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung von Bund und Ländern. Außerdem sorgen die neuen Abgasnormen für Diesel-Pkw für mehr saubere Fahrzeuge auf der Straße, und nicht nur auf dem Papier. [...]"

(per E-Mail, 03.06.2021)

**Stephan Stracke MdB (stv. Vorsitzender, CDU/CSU-Fraktion)**

"Das Urteil wird von der Realität überholt. Denn die Luftqualität in deutschen Städten hat sich massiv verbessert. 2020 wurde der Stickstoffdioxid-Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nur noch in sechs Städten überschritten. 2018 war das in 57 und 2016 sogar in 90 Städten der Fall. Das spricht eine deutliche Sprache. Es ist ein großer Erfolg unserer Politik, dass wir dies ohne pauschale Fahrverbote, sondern mit Anreizen für emissionsarme Fahrzeuge, technische Innovation und durch Umrüstungen beim öffentlichen Personennahverkehr erreicht haben."

(cducusu.de, 03.06.2021) <http://tsp.pm/jHEAj6>

**Dr. Dirk Spaniel MdB (verkehrspolitischer Sprecher, AfD-Fraktion)**

"Die uneinheitliche Messung in den einzelnen EU-Staaten lässt keinen Vergleich zu. Sanktionen für Deutschland sind daher mit allen Mitteln zurückzuweisen. Insbesondere, da nun weitere Gängelungsmaßnahmen für Autobesitzer drohen, beispielsweise neue Auflagen für Dieselfahrzeuge. [...] Allgemein gibt es aufgrund von linearer Interpretation keinen validen Nachweis der Gesundheitsgefährdung. [...] Statistische Wahrscheinlichkeiten sind nicht geeignet, Risiken hoch zu skalieren. Im Moment werden Gesundheitsgefährdungen aus Statistiken abgeleitet. Niedrigere Werte werden automatisch mit reduzierter Gesundheitsgefährdung korreliert. [...]"

(afdbundestag.de, 04.06.2021) <http://tsp.pm/qX81mm>

**Oliver Krischer MdB (stv. Vorsitzender, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Bettina Hoffmann MdB (Sprecherin für Umweltpolitik, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

"Das Urteil fordert die Bundesregierung zu konkreten Maßnahmen auf, dass in allen Städten die NO<sub>2</sub>-Grenzwerte eingehalten werden – und zwar zeitnah. Ansonsten drohen hohe Bußgeldzahlungen. [...] Um die Luft in den Städten weiter zu verbessern, brauchen wir mehr Tempo bei der Verkehrswende. Dazu gehören eine massive Stärkung von Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr. Der Abruf im Sofortprogramm Saubere Luft ist nach vier Jahren immer noch katastrophal. Von den zwei Milliarden Euro im Topf ist nur ein kleiner Betrag abgerufen. Nur die Nachrüstung der Diesel-Busse klappt. [...]"

(gruene-bundestag.de, 03.06.2021) <http://tsp.pm/3lq9ra>

**Jürgen Resch (Bundesgeschäftsführer, DUH)**

"Die heutige Entscheidung des EuGH ist eine schallende Ohrfeige für eine Regierungspolitik, die einseitig die Wirtschaftsinteressen betrügerischer Automobilkonzerne bedient und auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger pfeift. Eine neue Bundesregierung muss sicherstellen, dass alle circa zehn Millionen noch auf unseren Straßen verkehrenden Betrugs-Diesel entweder stillgelegt oder auf Kosten der Hersteller nachgerüstet werden. [...]"

(duh.de, 03.06.2021) <http://tsp.pm/JODKwG>

**Benjamin Stephan (Verkehrsexperte, Greenpeace)**

"[...] Schon jetzt arbeitet die EU daran, die Luftqualität mit stärkeren Grenzwerten weiter zu verbessern. Will Deutschland nicht auch den kommenden Grenzwerten hinterherlaufen, muss die Bundesregierung dem Verbrennungsmotor jetzt ein Enddatum setzen."

(greenpeace.de, 03.06.2021) <http://tsp.pm/BSedH7>

**DOKUMENTE**

EuGH: Urteil zu "Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Richtlinie 2008/50/EG – Luftqualität – Art. 13 Abs. 1 und Anhang XI – Systematische und anhaltende Überschreitung der Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) in bestimmten Gebieten und Ballungsräumen Deutschlands – Art. 23 Abs. 1 – Anhang XV – Zeitraum der Nichteinhaltung 'so kurz wie möglich' – Geeignete Maßnahmen" (03.06.2021)  
<http://tsp.pm/dE2Lbt>

**WEITERE QUELLEN**

EuGH: Von 2010 bis 2016 hat Deutschland die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) systematisch und anhaltend überschritten (03.06.2021)  
<http://tsp.pm/LIIHMB>

BVerwG: Luftreinhalteplan für Hamburg ist fortzuschreiben (28.05.2021)  
<http://tsp.pm/5Wa2kM>

BVerwG: Luftreinhalteplan für Ludwigsburg ist fortzuschreiben (28.05.2021)  
<http://tsp.pm/KR3Yvq>

BMVI: Sofortprogramm Saubere Luft  
<http://tsp.pm/X8WsC7>

UBA: Finale Daten zur Stickstoffdioxid-Belastung 2020: Rückgang setzt sich fort (28.05.2021)  
<http://tsp.pm/2ie65m>

UBA: UBA schlägt sektorübergreifende Obergrenze für Stickstoff vor (31.05.2021)  
<http://tsp.pm/uemD5e>

 ANALYSE III

# FORSCHUNG FÜR MEHR IT-SICHERHEIT

DIGITALISIERUNG

INFRASTRUKTUR

DATEN

FÖRDERUNG

MAXIMILIAN ZECH

Nach Angaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wurden allein 2020 in Deutschland 117,4 Millionen neue Schadprogrammvarianten gezählt, bis zu 20.000 Computersysteme täglich von Bots infiziert und mehr als 24 Millionen Patient:in-nendatensätze waren zeitweise frei im Internet zugänglich. Die Bundesregierung will auf diese alarmierenden Zahlen mit einer Forschungsoffensive reagieren. "Forschung und deren wirkungsvoller Transfer in die Praxis bauen die Kompetenzen auf, die in einer digitalen Welt geprägt von globalisierten Wertschöpfungsketten, Plattformökonomie und Netzwerkeffekten dringend notwendig sind", heißt es in einer Mitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Darum hat das Bundeskabinett am Mittwoch das neue Forschungsrahmenprogramm zur IT-Sicherheit 2021-2026 beschlossen, das eine Fortsetzung und Aktualisierung des Programms "Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt 2015-2020" darstellt. Es soll ressortübergreifend sämtliche Aktivitäten zur IT-Sicherheitsforschung bündeln und die Entwicklung sicherer technischer Lösungen für Bürger:innen, Wirtschaft und Staat fördern. Mindestens 350 Millionen Euro soll das BMBF bis 2026 in entsprechende Forschungsvorhaben investieren. Vor dem Hintergrund des Kabinettsbeschlusses betonte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) die enorme Bedeutung von IT-Sicherheit für alle Lebensbereiche: "Ohne IT-Sicherheit können wir nicht sicher sein, dass unser Wasserhahn noch läuft, die U-Bahn fährt, eine Überweisung richtig ankommt. Wir können nicht sicher sein, dass Autos produziert und Kranke versorgt werden können. Ohne IT-Sicherheit können wir nicht sicher sein, dass unsere Demokratie funktioniert."

## GANZHEITLICHER BLICK AUF IT-SICHERHEIT

Der Schwerpunkt des Programms soll ausdrücklich nicht nur auf technischen Innovationen, sondern auch auf Fragen zu Privatheit, Datenschutz und Selbstbestimmung liegen, teilt das BMBF mit. Zu den strategischen Zielen, die im Rahmenprogramm formuliert sind, gehört etwa auch die Erkennung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen in den sozialen Medien. Ebenso will die Bundesregierung IT-Sicherheitsforschung und Industrie besser miteinander verknüpfen und unter anderem Ausgründungen fördern. Die bestehenden nationalen Forschungseinrichtungen zur IT-Sicherheit sollen weiterentwickelt und die Bedingungen für Forschende verbessert werden. Darüber hinaus plant die Bundesregierung, durch mehr Aus- und Weiterbildungen allgemein die Qualifikationen im Bereich IT-Sicherheit zu erhöhen. "Diese Kombination aus starker Forschung, hoher Lebensqualität und hervorragendem Personal wird dazu beitragen, Deutschland zu einem der attraktivsten Standorte für die Entwicklung von IT-Sicherheitskomponenten weltweit zu machen", wird im Programm angekündigt. Gestärkt werden sollen insbesondere auch Kompetenzen, die zu einem Abbau von bestehenden technologischen Abhängigkeiten beitragen und die Entwicklung und Produktion eigener sicherheitskritischer Komponenten ermöglichen können.

Im Rahmenprogramm wird zugleich eine Reihe von Herausforderungen genannt, vor denen die IT-Sicherheitsforschung stehe. So gebe es etwa noch viele offene Fragen, wie Datenräume und Produkte sicher und nutzerfreundlich gestaltet werden können. Allgemein müsse das Vertrauen in Informations- und Kommunikationssysteme (IKT) durch ein hohes Maß an Sicherheit gewährleistet werden. Vor diesem Hintergrund müssten insbesondere Strafverfolgungsbehörden besser als bisher in die Lage versetzt werden, gegen Cyberkri-

minalität vorzugehen. Betont wird auch die zunehmende allgemeine Bedeutung von Künstlicher Intelligenz (KI). Die Forschung stehe hier unter anderem vor der Herausforderung, Methoden und Verfahren zu entwickeln, wie die Qualität und Herkunft von Daten verifiziert werden können. Offene Fragen gäbe es auch hinsichtlich der Möglichkeiten zur Zertifizierung von KI-Anwendungen.

## SCHUTZ FÜR INDUSTRIE 4.0 UND KRITIS

Besonders bedeutsam sei IT-Sicherheit auch für die Wirtschaft, wird im Programm konstatiert. Zentrale Herausforderung für die Forschung sei in diesem Kontext die Entwicklung sicherer Produkte und Anwendungen entlang der jeweiligen Wertschöpfungskette. So gelte es, für die Industrie Antworten auf die Frage zu finden, wie die Sicherheit von Maschinen und Anlagen über deren gesamten Lebenszyklus hinweg gewährleistet werden könne. Sicherheitslösungen müssten auch im Nachhinein integriert werden können. Wichtig sei ebenfalls die reibungslose Vernetzung durch sichere Kommunikationsschnittstellen. Als weitere besonders sensible Bereiche, in denen die IT-Sicherheit gestärkt werden soll, werden im Programm unter anderem der Komplex "Medizin, Gesundheit und Pflege" sowie andere Kritische Infrastrukturen (KRITIS) identifiziert. Neben dem Schutz von Daten gehe es im Medizinsektor auch um die Klärung von Haftungsfragen im Falle eines Hacks, teilt die Bundesregierung mit. "IT-Sicherheitssysteme sind nicht unfehlbar und Fehler haben weitreichende juristische und finanzielle Konsequenzen, besonders in Bereichen mit sehr sensiblen Daten."

Zum Schutz von KRITIS könnten insbesondere KI-basierte Lösungen beitragen, die Störungen und Anomalien in Echtzeit erkennen und automatisiert Gegenmaßnahmen einleiten, heißt es im Programm. "Einige KRITIS-Bereiche können nur EU-weit geschützt werden, wie der Finanzdienstleistungs- und der schienengebundene Transportsektor", schreibt die Bundesregierung. "Andere können auch im deutschen Wirtschaftsraum geschützt werden, wie das digitale Gesundheitssystem." Als besonders schutzbedürftig werden auch die Bereiche "Autonomes und vernetztes Fahren", Lieferketten, Rechner- und Chiparchitekturen sowie die Quantentechnologie eingestuft. Ein Forschungsschwerpunkt müsse hier vor allem auf der Verbesserung von sicheren Quantenkommunikationssystemen liegen, teilt die Bundesregierung mit. Dabei handle es sich um eine "Schlüsseltechnologie für abhörsichere Vernetzung auf Basis grundlegender physikalischer Effekte". Grundsätzlich biete die neue Quantentechnologie die Chance, Sicherheit von Anfang an "by design" zu integrieren.

## FORSCHUNG UND WIRTSCHAFT BESSER VERNETZEN

Die Bundesregierung gibt im Forschungsrahmenprogramm auch einen Überblick über die Maßnahmen, mit denen die genannten Herausforderungen bewältigt werden sollen. "Neben der Förderung von Forschung an Hochschulen und Universitäten, institutionellen Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft ist ein gut qualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchs Voraussetzung dafür, Forschungskompetenz, Innovationsfähigkeit und die akademische Ausbildung in Deutschland nachhaltig zu sichern", heißt es in dem Dokument. Wissenschaftlicher Nachwuchs soll bereits in den Schulen und darüber hinaus durch Programme gefördert werden. Durch horizontale Förderprojekte sollen die Kompetenzen aus Universitäten, Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft gebündelt werden. Außerdem sollen die drei bereits bestehenden nationalen Forschungszentren zur IT-Sicherheit – das Nationale Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit ATHENE in Darmstadt, das Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit CISPA in Saarbrücken und das Kompetenzzentrum für Angewandte Sicherheitstechnologie KASTEL am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) – weiterentwickelt und sowohl national als auch international stärker vernetzt werden.

Daneben will die Bundesregierung die engere Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft durch Projekte und Initiativen fördern und so Barrieren für den Markteintritt neuer Innovationen abbauen. Gezielte Unterstützung sollen auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Start-ups erhalten, indem bestehende Förderinitiativen ausgebaut und neue Formate entwickelt werden. "Besonders wichtig sind dabei Vernetzungsformate, um den Transfer zwischen Start-ups untereinander sowie zu potenziellen Kunden und Investoren zu stärken und zu beschleunigen", heißt es im Programm. Das Ziel sei auch hier, Produkte schneller auf den Markt zu bringen.

Ebenfalls gefördert werden sollen in den kommenden Jahren mehrere interdisziplinäre Forschungsnetzwerke wie das Forschungsnetzwerk Depersonalisierung und Anonymisierung und die Plattform Privatheit. Durch die Gründung neuer regionaler Innovationscluster und Forschungshubs zu Quantentechnologie und 6G sollen auch Sicherheitsaspekte in diesem Kontext erforscht und weiterentwickelt werden. Ebenso ist die Vertiefung schon bestehender internationaler Kooperationen sowie eine enge Zusammenarbeit der deutschen Forschungslandschaft mit dem neuen EU-Kompetenzzentrum für Cybersicherheit geplant. Durch eine breit angelegte Kommunikationskampagne will das BMBF außerdem größere Teile der Bevölkerung für die Bedeutung der IT-Sicherheitsforschung sensibilisieren.

#### POSITIONEN

##### **Anja Karliczek MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung)**

"In einer Welt, in der alle Lebensbereiche zunehmend von Digitalisierung geprägt sind, müssen wir uns auf die digitale Sicherheit absolut verlassen können. Ohne IT-Sicherheit gibt es heutzutage keine Sicherheit im Alltag mehr. Den Grundstein für eine sichere digitale Welt, in der wir die zahlreichen Chancen der Digitalisierung selbstbestimmt nutzen können, legen wir mit exzellenter IT-Sicherheitsforschung. Wir stehen hierbei vor komplexen Herausforderungen, die mit der Datenexplosion sowie dem Aufkommen neuer Technologien weiter zunehmen werden: Cyberangriffe auf staatliche Institutionen, Hochschulen oder Unternehmen, gezielte Desinformationen in sozialen Netzwerken oder auch Quantencomputer, die mit ihrer enormen Rechenleistung künftig gängige Verschlüsselungsverfahren überwinden. [...] Wir müssen daher jetzt handeln: Die digitale Welt sicher zu gestalten, ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für Deutschland und die Europäische Union. Forschung für IT-Sicherheit und Privatheit in der digitalen Welt ist hierfür der Schlüssel. Mit dem neuen Forschungsprogramm 'Digital. Sicher. Souverän.' stellt das Bundesforschungsministerium 350 Millionen Euro bis 2026 bereit. [...]"

(bmbf.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/A5Mbf1>

##### **Dr. Jens Zimmermann MdB (digitalpolitischer Sprecher, SPD-Fraktion)**

"Der Erhalt und in einigen Bereichen die Rückgewinnung der digitalen Souveränität und technologischen Kompetenz sind Voraussetzung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Das Wissen und eigene Fähigkeiten sind zudem unverzichtbar, um die Sicherheit und den Schutz der Privatsphäre überhaupt bewerten und überprüfen zu können. Forschung für IT-Sicherheit und Privatheit in der digitalen Welt sind daher der zentrale Ansatz, um auch in Zukunft ein digitalisiertes Leben auf der Basis von Vertrauen und Sicherheit zu ermöglichen."

(spdfraktion.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/nBvsV4>

#### DOKUMENTE

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Digital. Sicher. Souverän. Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit.

<http://tsp.pm/fl7NHn>



ERGEBNISSE

# ÜBERSICHT DER KW 22

Ergebnisse der politischen Arbeit vom 31.05. bis 06.06.2021



BUNDESREGIERUNG

BMVI

Mobilität im Teamwork spürbar besser geworden

BMBF, BMWi

Bundesregierung startet Wasserstoff-Kompass

BMU

Bundsumweltministerin Schulze fordert Stickstoff-Minderungsziel für 2030



BUNDESTAG

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Geldbuße bemisst sich nach wirtschaftlichen Verhältnissen

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Tempolimits auf rund 30 Prozent des Autobahnnetzes

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Corona-Pandemie ohne Auswirkung auf Verkehrsinfrastruktur

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Lkw-Kontrollen durch das Bundesamt für Güterverkehr

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Finanzielle Ausstattung des Kraftfahrt-Bundesamtes

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Impulse durch die Nationale Plattform Zukunft der Mobilität

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Planungsauftrag für Vorhaben des Bedarfsplans Schiene

FRAGE &amp; ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Bahnstrecke Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland

## FRAGE &amp; ANTWORT

## ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Regierung betont große Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals

## FRAGE &amp; ANTWORT

## ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Ladeinfrastruktur "Gewährleistungsaufgabe des Bundes"

## FRAGE &amp; ANTWORT

## ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Sichere und umweltverträgliche Seeschifffahrt in der Arktis

## FRAGE &amp; ANTWORT

## KLEINE ANFRAGE

Zulassungsverfahren der US-Luftaufsichtsbehörde FAA

## FRAGE &amp; ANTWORT

## KLEINE ANFRAGE

Grüne fragen nach "Forschungsfertigung Batteriezelle"

## FRAGE &amp; ANTWORT

## KLEINE ANFRAGE

Messverfahren für CO<sub>2</sub>-Ausstoß

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Digitale Innovationen für mehr Verkehrssicherheit

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Starker Patentschutz für Innovationskraft "Made in Germany"

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Koalitionsfraktionen einigen sich auf Patentrechtsmodernisierungsgesetz

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Fahrradinfrastruktur ausbauen – auch im ländlichen Raum

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Radwegenetz für ganz Deutschland

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Stefan Gelbhaar und Daniela Wagner zum Verkehrssicherheitsprogramm

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Grüne beantragen Aktuelle Stunde zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit sozialem Ausgleich als Klimaschutzinstrument

**BUNDESRAT**

---

Keine Ergebnisse

**STAKEHOLDER****KBA**

---

Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) veröffentlicht seinen Marktüberwachungsbericht 2020

**NOW**

---

Studie: Klimaziele lassen sich nur durch den breiten Einsatz von Wasserstoff erreichen

**Allianz pro Schiene, BGL**

---

Kombinierter Verkehr soll für kleine und mittelgroße Transporteure attraktiver werden

**mofair, NEE**

---

Baustellen im Schienennetz behindern den Eisenbahnverkehr noch immer zu stark

**ACE**

---

Weltfahrradtag 2021: Mehr Tempo beim Ausbau des Radverkehrsnetzes notwendig

**ADFC, BVZF, VSF, ZIV**

---

Fahrradwirtschaft und ADFC fordern von künftiger Bundesregierung: Konsequente Umsetzung der Verkehrswende, zentrale Rolle für das Fahrrad!

**ZDK**

---

ZDK fordert Mindestquote für erneuerbare Kraftstoffe

**BIEK**

---

Was die leistungsstarke Paketbranche von morgen braucht

**BDEW**

---

Kerstin Andreae: "Künftige Bundesregierung muss den Energiewende-Turbo einlegen"

**BDI**

---

Schlüssel für CO2-neutrales Fliegen liegt in globalen Klimaschutzmaßnahmen

**BUND**

---

Welttag des Fahrrads: BUND fordert Verdoppelung des Radverkehrs in der Stadt bis 2030

**DUH**

---

Deutsche Umwelthilfe wirft CDU "erneute Fernsteuerung" durch die Autokonzerne vor: CO2- und Spritpreis müssen steigen für mehr Klimaschutz

**DVF**

---

Van Hoorn: Für Vision Zero alle Mittel mobilisieren

**DVR**

---

Verkehrssicherheitsprogramm des Bundes: DVR nimmt Stellung

**Germanwatch**

---

Paris und Berlin treiben European Green Deal weiter voran – aber Tempo noch zu zaghaft

**MIT**

---

Luftverkehrskonzept 2025: MIT will Luftverkehrsstandort stärken

**STIFTUNG KLIMANEUTRALITÄT**

---

CO2-Preise und Senkung der EEG-Umlage

**VdTÜV**

---

Zum Verkehrssicherheitsprogramm 2021-2030 des Bundes

**VDV**

---

VDV sieht Kritik des Bundesrechnungshofes an einer Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms als unbegründet

**ver.di**

---

ÖPNV und Mobilitätswende in Gefahr: Betriebsräte warnen vor Angebotskürzungen und Preiserhöhungen

**VKU**

---

VKU-Chef Ingbert Liebing zur Einigung der Koalition über Wasserstoffnetze

**Wirtschaftsforum der SPD**

---

SPD-Wirtschaftsforum veröffentlicht Industriepapier "Made in Germany 2030"



BMVI

02.06.2021

## MOBILITÄT IM TEAMWORK SPÜRBAR BESSER GEWORDEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	<a href="http://tsp.pm/303Dbh">http://tsp.pm/303Dbh</a>	-

**Das von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer 2019 gegründete Bündnis für moderne Mobilität von Bund, Ländern und Kommunen hat bei seinem dritten High-Level-Treffen einen Ergebnisbericht zu seiner bisherigen Arbeit vorgelegt.** Für weniger Emission im städtischen Lieferverkehr stellte Minister Scheuer einen Leitfaden für den Einsatz von Lastenrädern in der City-Logistik vor. Scheuer: "Bund, Länder und Kommunen – gemeinsam arbeiten wir für Mobilität, die klimafreundlich, sicher und digital ist – in Stadt und auf dem Land. Im Teamwork ist vieles spürbar besser geworden: Mehr Platz und Geld für Fahrrad und ÖPNV, mehr alternative Antriebe und Ladeinfrastruktur, On-Demand- und Pooling-Dienste und eine starke Schiene. Wir sind auf dem richtigen Weg und wollen das Bündnis deswegen weiter fortsetzen." [...]

- GÜTERVERKEHR
- RADVERKEHR
- LANDESEBENE
- REGIERUNG
- STÄDTE/KOMMUNEN

BMBF, BMWI

02.06.2021

## BUNDESREGIERUNG STARTET WASSERSTOFF-KOMPASS

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	<a href="http://tsp.pm/7XorSQ">http://tsp.pm/7XorSQ</a>	-

**Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) haben jetzt den Startschuss für das Projekt "H2-Kompass" als Grundstein für die Erarbeitung einer Wasserstoff-Roadmap gegeben.** Ziel ist es, in einem breit angelegten Dialogprozess Daten und Fakten zu strukturieren und zu bündeln, um so Fortschritte bei Wasserstoffinnovationen aufzuzeigen. Der H2-Kompass soll transparent darstellen, wo es Innovationsfortschritte gibt, aber auch wo noch Handlungsbedarf besteht, um Hürden abzubauen und Innovationen schneller voranzutreiben. Das Projekt wird gemeinsam vom BMWi und BMBF mit 4,2 Millionen Euro gefördert und hat eine Laufzeit von zwei Jahren. [...] Das Projekt H2-Kompass ist Teil der Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie. Es wird vom BMBF und BMWi im Rahmen des 7. Energieforschungsprogramms gefördert. Das Projekt "H2-Kompass" wird durchgeführt von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und von DECHEMA – Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie. Eng eingebunden ist dabei auch der Nationale Wasserstoffrat, den die Bundesregierung als Beratungsgremium zur Nationalen Wasserstoffstrategie eingesetzt hat sowie das Forschungsnetzwerk Wasserstoff mit rd. 1.000 Mitgliedern aus Wirtschaft und Wissenschaft.

H2

BMU

03.06.2021

## BUNDESUMWELTMINISTERIN SCHULZE FORDERT STICKSTOFF-MINDERUNGSZIEL FÜR 2030

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	<a href="http://tsp.pm/6hscx7">http://tsp.pm/6hscx7</a>	–

**Zu hohe Stickstoffemissionen zählen zu den drängendsten und gleichzeitig wenig beachteten globalen Umweltproblemen.** In ihrer heutigen Abschlusserklärung fordert die weltgrößte Stickstoffkonferenz INI daher insbesondere, das Problem systematisch bei der Bekämpfung globaler Probleme wie Klimawandel, Luftverschmutzung und Hungersnöte mitzudenken. Das Bundesumweltministerium arbeitet an einer übergreifenden Stickstoffminderungsstrategie und hat geeignete Methoden für eine sektorenübergreifende Stickstoffminderung entwickelt. Damit ist Deutschland international ein Pionier und kann mit einem ambitionierten Gesamtstickstoffziel vorangehen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze: "Die Welt stößt zu viel Stickstoff aus und verschärft damit Probleme wie Luftverschmutzung, Artenschwund und Klimawandel. In Deutschland haben wir bereits eine deutliche Stickstoffminderung erreicht. Dank novellierter Düngeverordnung, Klimaschutzgesetz und nationalem Luftreinhalteprogramm werden die Stickstoffemissionen bis 2030 weiter sinken, voraussichtlich um ein Drittel. Aber die verbleibende eine Million Tonnen Stickstoff pro Jahr ist immer noch zu viel. Wir brauchen deshalb ein Gesamt-Stickstoffziel für 2030. Auch auf EU-Ebene bedarf es weiterer Anstrengungen, hier sind die Farm-to-Fork-Strategie und Luftqualitätsrichtlinie zentral." [...]

LUFTREINHALTUNG

UMWELT



# BUNDESTAG

FRAGE &amp; ANTWORT

## GELDBUßE BEMISST SICH NACH WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSEN

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29619 <a href="http://tsp.pm/Yo3RB0">http://tsp.pm/Yo3RB0</a>	Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (19/29041)

**Für das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) als zuständiger Behörde sind bei der Bearbeitung von Bußgeldverfahren die in den Buß- und Verwarnungsgeldkatalogen enthaltenen Bußgeldrichtsätze maßgebend.** Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, die sich nach "Rabatten" bei den Bußgeldern für Lkw-Fahrer aus ausgewählten osteuropäischen Staaten erkundigt hatten. Nach den gesetzlichen Regelungen des Paragraphen 17 Absatz 3 Satz 2 Ordnungswidrigkeitengesetz und hierauf gründender ständiger Rechtsprechung bemesse sich die Höhe der Geldbuße "nach der vorwerfbaren Handlung des Betroffenen sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, die im Verfahren zu berücksichtigen sind", erläutert die Bundesregierung. Demzufolge müsse das BAG sicherstellen, "dass das festzusetzende Bußgeld verhältnismäßig zu den Einkommensverhältnissen des Betroffenen ist und ihn nicht über Gebühr belastet". Bei Verstößen von Unternehmern gelte hingegen eine einheitliche Bußgeldhöhe, unabhängig vom Standort des Unternehmens, gerade auch im Hinblick auf die Einhaltung der Bestimmungen zur Auftraggeberverantwortung und der Kabotage, heißt es in der Antwort. [...] (hib)

GÜTERVERKEHR

KONTROLLE

SANKTION/RESTRIKTION

## FRAGE &amp; ANTWORT

## TEMPOLIMITS AUF RUND 30 PROZENT DES AUTOBAHNNETZES

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29603 <a href="http://tsp.pm/50dlhU">http://tsp.pm/50dlhU</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/29073)

**Auf rund 30 Prozent des deutschen Autobahnnetzes ist die Geschwindigkeit laut Bundesregierung dauerhaft oder temporär durch Verkehrszeichen oder durch Verkehrsbeeinflussungsanlagen begrenzt.** Darüber hinaus werde die Geschwindigkeit im Verlauf von Arbeitsstellen beschränkt, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Der "Längenstatistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs" zufolge betrug die Gesamtlänge des Autobahnnetzes zum 1. Januar 2020 in Deutschland 13.191 Kilometer. (hib)

STRAßE AUTOBAHN TEMPOLIMIT

## FRAGE &amp; ANTWORT

## CORONA-PANDEMIE OHNE AUSWIRKUNG AUF VERKEHRSINFRASTRUKTUR

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29913 <a href="http://tsp.pm/ablhSq">http://tsp.pm/ablhSq</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/29185)

**Nach Auskunft der Deutschen Bahn (DB) hatte die Corona-Pandemie keine wesentlichen Auswirkungen auf den Erhalt und die Erneuerung der Bestandsnetzinfrastruktur der DB Netz.** Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mit. [...] Auch bei den Behörden der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung und der Autobahn des Bundes, so heißt es weiter, sei durch Erstellen von Pandemieplänen, Hygienekonzepten und organisatorischen Maßnahmen, wie etwa flächendeckenden Angeboten von Homeoffice im Bürobereich, der Ausbreitung des Coronavirus erfolgreich begegnet und damit die Weiterführung der Bauprojekte im Bundeswasserstraßen- und Bundesfernstraßenbereich gewährleistet worden, schreibt die Bundesregierung. (hib)

INFRASTRUKTUR AUTOBAHN DB WASSERSTRÄßEN

## FRAGE &amp; ANTWORT

## LKW-KONTROLLEN DURCH DAS BUNDESAMT FÜR GÜTERVERKEHR

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29528 <a href="http://tsp.pm/SlAcP1">http://tsp.pm/SlAcP1</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/28721)

**Das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) hat im Jahr 2020 93.654 Lkw-Fahrer und im Jahr 2019 120.035 Lkw-Fahrer auf die Einhaltung der im Fahrpersonalrecht geregelten Vorschriften überprüft.** Dabei kam es einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zufolge im Jahr 2020 zu 11.938 Beanstandungen (12,75 Prozent) und 2019 zu 19.416 Beanstandungen (16,18 Prozent). [...] (hib)

GÜTERVERKEHR KONTROLLE SANKTION/RESTRIKTION

## FRAGE &amp; ANTWORT

## FINANZIELLE AUSSTATTUNG DES KRAFTFAHRT-BUNDESAMTES

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29450 <a href="http://tsp.pm/Gx4DOT">http://tsp.pm/Gx4DOT</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/28935)

Über die finanzielle und personelle Ausstattung des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) informiert die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Der Antwort zufolge standen dem KBA im Jahr 2020 91,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die IST-Ausgaben hätten sich unter Berücksichtigung von Ausgaberesten auf 94,0 Millionen Euro belaufen. Im Jahr 2021 stehen dem KBA laut Bundesregierung 97,5 Millionen Euro zur Verfügung. [...] (hib)

STRAßE

VERWALTUNG

## FRAGE &amp; ANTWORT

## IMPULSE DURCH DIE NATIONALE PLATTFORM ZUKUNFT DER MOBILITÄT

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29569 <a href="http://tsp.pm/iC2rli">http://tsp.pm/iC2rli</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/28985)

In der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) wurden laut Bundesregierung wichtige Impulse und Empfehlungen für die Gestaltung einer bezahlbaren, nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität erarbeitet. In sechs Arbeitsgruppen seien unter Einbeziehung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft verkehrsträgerübergreifend wichtige Konzepte ausgearbeitet worden, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. [...] (hib)

MOBILITÄT

## FRAGE &amp; ANTWORT

## PLANUNGS-AUFTRAG FÜR VORHABEN DES BEDARFSPLANS SCHIENE

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29496 <a href="http://tsp.pm/Yymwqg">http://tsp.pm/Yymwqg</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/28731)

Für alle Vorhaben des Bedarfsplans Schiene ergibt sich laut Bundesregierung der Planungsauftrag aus dem Bedarfsplan im Zusammenhang mit der Bewertung des jeweiligen Vorhabens im Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Aufgrund dieser gesetzlichen Verankerung bedürfe es keiner zusätzlichen Verschriftlichung des Planungsauftrags, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Die Liberalen hatten sich bei der Bundesregierung erkundigt, wie der konkrete Planungsauftrag lautet, den das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) an die DB Netz für den Aus- beziehungsweise Neubau zwischen Bielefeld und Hannover erteilt hat, und wann der Planungsauftrag veröffentlicht wird. Aus dem gesetzlichen verankerten Planungsauftrag resultiere der konkrete Planungsgegenstand von Neu- und Ausbaivorhaben des Bedarfsplans Schiene, heißt es in der Antwort. [...] (hib)

BVWP

INFRASTRUKTUR

SCHIENE

PLANUNG

## FRAGE &amp; ANTWORT

**BAHNSTRECKE PARIS-OSTFRANKREICH-SÜDWESTDEUTSCHLAND**

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29417 <a href="http://tsp.pm/P8jrlS">http://tsp.pm/P8jrlS</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/28714)

Die Bahnstrecke Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland (POS Nord) ist als "ABS Ludwigshafen-Saarbrücken" abgeschlossen, "bis auf die Ausrüstung der Strecke mit dem europäischen Train Control System (ETCS) und damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen". Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mit. Nach Auskunft der Deutschen Bahn (DB) seien für die ETCS-Ausrüstung der POS Nord bisher 48,2 Millionen Euro Bundeshaushaltsmittel für Planungs- und Bauleistungen bereitgestellt worden. [...] (hib)

DIGITALISIERUNG   INFRASTRUKTUR   SCHIENE   GRENZÜBERSCHREITEND

## FRAGE &amp; ANTWORT

**REGIERUNG BETONT GROßE BEDEUTUNG DES NORD-OSTSEE-KANALS**

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29326 <a href="http://tsp.pm/uUOhmJ">http://tsp.pm/uUOhmJ</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/28706)

Für die Bundesregierung ist der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) "eine der Hauptverkehrsadern Nordeuropas und zugleich die meistbefahrene künstliche Wasserstraße weltweit". Das geht aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. [...] "Nach Auffassung der Bundesregierung ist der NOK mit seinen Schleusen sehr bedeutend für die maritime Wirtschaft und für den Hamburger Hafen im Besonderen", heißt es in der Antwort weiter. Durch die Verkürzung des Seeweges um mehrere hundert Kilometer würden zum einen erhebliche Transportkosten für die Wirtschaft und CO2 für die Umwelt eingespart. [...] 2,6 Milliarden Euro investiere der Bund in laufende und geplante Ersatz-, Aus- und Neubaumaßnahmen in den kommenden Jahren und damit in die Zukunft dieser internationalen Wasserstraße. [...] (hib)

SCHIFFFAHRT   FÖRDERUNG   GRENZÜBERSCHREITEND   WASSERSTRABEN

## FRAGE &amp; ANTWORT

## LADEINFRASTRUKTUR "GEWÄHRLEISTUNGSAUFGABE DES BUNDES"

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29203 <a href="http://tsp.pm/17gGQD">http://tsp.pm/17gGQD</a>	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/27854)

Das in der vergangenen Sitzungswoche verabschiedete Schnellladegesetz (SchnellLG) definiert laut Bundesregierung den Aufbau eines Grundversorgungsnetzes mit Schnellladestationen für Elektroautos für den Mittelstrecken- und Fernverkehr "als eine Gewährleistungsaufgabe des Bundes". Im Zusammenhang mit dem 1.000-Standorte-Programm solle das Instrument der öffentlichen Ausschreibung die Errichtung und den Betrieb der Schnellladestandorte gewährleisten, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. [...] Gemäß den Vorgaben des SchnellLG sei das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für die Bedarfsermittlung und die Definition der Schnellladestandorte sowie der Suchräume zuständig, heißt es weiter. Hierbei werde die Datengrundlage des StandortTOOLS, das von der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur im Auftrag des BMVI entwickelt wurde, eingesetzt. Neben der verkehrsplanerischen Bestimmung des Bedarfs an Ladeinfrastruktur sei auch die Berücksichtigung bereits bestehender Infrastruktur eine Kernaufgabe des StandortTOOLS. Diese Ergebnisse würden sowohl bei der Definition der Ausschreibung als auch bei der Ausgestaltung der Förderprogramme genutzt. Eine "Doppelförderung" werde hierdurch vermieden. (hib)

E-MOBILITÄT

FÖRDERUNG

TANK- &amp; LADEINFRASTRUKTUR

## FRAGE &amp; ANTWORT

## SICHERE UND UMWELTVERTRÄGLICHE SEESCHIFFFAHRT IN DER ARKTIS

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29527 <a href="http://tsp.pm/knQAkp">http://tsp.pm/knQAkp</a>	Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (19/28602)

Die Bundesregierung setzt sich für die freie Schifffahrt in arktischen Gewässern entsprechend den Regelungen des Seerechttübereinkommens der Vereinten Nationen ein und ist bestrebt, die Rahmenbedingungen für eine koordinierte, sichere und umweltverträgliche Seeschifffahrt in der Arktis zu verbessern. Das teilt die Regierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke mit. Der Bundesregierung seien die zeitnahe Umsetzung der verbindlichen Regelungen und die Einhaltung relevanter Empfehlungen des Polar Code der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) ein wichtiges Anliegen, um anspruchsvolle Sicherheits- und Umweltstandards der Schifffahrt in der Arktis zu etablieren. [...] (hib)

SCHIFFFAHRT

SEESCHIFFFAHRT

UMWELT

## FRAGE &amp; ANTWORT

**ZULASSUNGSVERFAHREN DER US-LUFTAUFSICHTSBEHÖRDE FAA**

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion	19/29621 <a href="http://tsp.pm/D40lj1">http://tsp.pm/D40lj1</a>	–

Die aktuellen Probleme mit Flugzeugen des US-amerikanischen Herstellers Boeing und die sich daraus ergebenden Implikationen für den europäischen Flugverkehr thematisiert die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Liberalen kritisieren vor dem Hintergrund zweier Abstürze von Maschinen des Typs Boeing 737 Max 8 das Zulassungsverfahren der US-Luftaufsichtsbehörde FAA und wollen von der Bundesregierung unter anderem wissen, welche Konsequenzen sich daraus für die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) ergeben. (hib)

LUFTFAHRT VERKEHRSSICHERHEIT VERWALTUNG

## FRAGE &amp; ANTWORT

**GRÜNE FRAGEN NACH "FORSCHUNGSFERTIGUNG BATTERIEZELLE"**

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19/30026q <a href="http://tsp.pm/0Lq5xs">http://tsp.pm/0Lq5xs</a>	–

Nach dem Stand des Projekts "Forschungsfertigung Batteriezelle" am Standort Münster erkundigt sich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten möchten wissen, welche Fortschritte bei Planung und Bau der Forschungsfertigung in Münster seit 2019 erzielt werden konnten. (hib)

FÖRDERUNG FORSCHUNG BATTERIEN

## FRAGE &amp; ANTWORT

**MESSVERFAHREN FÜR CO2-AUSSTOß**

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19/30115 <a href="http://tsp.pm/hljipJ">http://tsp.pm/hljipJ</a>	–

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte wissen, wie hoch der durchschnittliche CO2-Ausstoß auf Basis verschiedener Messverfahren von Dieselaautos ist. Die Abgeordneten beziehen sich in einer Kleinen Anfrage auf in diesem Jahr bislang erstzugelassene Fahrzeuge in Deutschland. Auch für Autos mit Ottomotor interessieren sie sich. (hib)

STRAßE DIESEL EMISSIONEN KRAFTSTOFFE

## FRAKTIONEN

## DIGITALE INNOVATIONEN FÜR MEHR VERKEHRSSICHERHEIT

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion	<a href="http://tsp.pm/t8Mijo">http://tsp.pm/t8Mijo</a>	–

Die Bundesregierung hat heute das vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegte "Verkehrssicherheitsprogramm 2021 bis 2030" beschlossen. Hierzu können Sie den für Verkehr zuständigen Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Lange, gern wir folgt zitieren: "[...] Besonders begrüßen wir, dass einige elementare Bausteine des neuen Verkehrssicherheitsprogramms auf digitalen Mobilitäts-Innovationen beruhen. So ist vorgesehen, die Einführung und Weiterentwicklung neuer Fahrzeugtechnologien weiter voranzutreiben und die Vernetzung von Fahrzeugen untereinander weiterzuentwickeln. Das beinhaltet auch die verstärkte Erforschung von Software-Algorithmen bei Verkehrsmanagementmaßnahmen. Die stärkere Unterstützung des Bundes bei der weiteren Marktdurchdringung verschiedener Fahrerassistenzsysteme ist besonders vielversprechend. Hier wird deutlich, was die Digitalisierung auch für die Verkehrsteilnehmer bewirken kann."

DIGITALISIERUNG

VERKEHRSSICHERHEIT

REGIERUNG

## FRAKTIONEN

## STARKER PATENTSCHUTZ FÜR INNOVATIONSKRAFT "MADE IN GERMANY"

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion	<a href="http://tsp.pm/PJjdW6">http://tsp.pm/PJjdW6</a>	–

Die Koalitionsfraktionen haben sich auf Änderungen am Regierungsentwurf des Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts geeinigt. Dazu können Sie den rechts- und verbraucherpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Jan-Marco Luczak, und den für das Patentrecht zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingmar Jung, wie folgt zitieren: Jan-Marco Luczak: "[...] Bei der Entwicklung von Patenten und innovativen Ansätzen für die industrielle Fertigung sind unsere Wissenschaft und kreativen Unternehmer weltweit führend. Dies zeigt sich nicht zuletzt bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie mit Hilfe von Impfstoffen 'Made in Germany'. Diese Innovationskraft zu schützen, das stand bei der Reform des Patentgesetzes für uns als Union im Mittelpunkt. Deswegen haben wir im parlamentarischen Verfahren sichergestellt, dass das hohe patentrechtliche Schutzniveau mit einem robusten Unterlassungsanspruch erhalten bleibt. Weitergehende Forderungen nach Zwangslizenzen oder pauschalen Ausnahmen vom Patentschutz haben wir im parlamentarischen Verfahren abgewendet. Nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen, wenn Patentrechte offensichtlich missbräuchlich eingesetzt werden, ist ein Unterlassungsanspruch ausgeschlossen. [...]"

Ingmar Jung: "Wir greifen bewusst zu spezifischen und klar konturierten Maßnahmen, wenn es darum geht, der Praxis des missbräuchlichen Einsatzes von Patenten zu begegnen. Wenn Patente allein mit dem Ziel aufgekauft werden, daraus auf erpresserische Weise Kapital zu schlagen, haben Gerichte künftig den erforderlichen Spielraum, den Patentnutzer vor dem bislang unbedingten Unterlassungsanspruch zu schützen. Dies setzt voraus, dass die Unterlassung zu einer unangemessenen und nicht gerechtfertigten Härte führen würde. Zudem gestalten wir auf Drängen der Unionsfraktion den Ausgleichsanspruch des Patentinhabers zwingend aus. [...]"

WETTBEWERB

RECHT

WIRTSCHAFT

## FRAKTIONEN

## KOALITIONSFRAKTIONEN EINIGEN SICH AUF PATENTRECHTSMODERNISIERUNGSGESETZ

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der SPD-Fraktion	<a href="http://tsp.pm/ANlwoZ">http://tsp.pm/ANlwoZ</a>	–

**Mit dem zweiten Patentrechtsmodernisierungsgesetz stärkt die Koalition Deutschland als Wirtschafts- und Innovationsstandort.** Kernelement des Gesetzes ist, dass künftig die Verhältnismäßigkeit geprüft wird, wenn ein Unterlassungsanspruch durchgesetzt werden soll. Die bisherige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes wird hierdurch gesetzlich verankert. Nina Scheer, zuständige Berichterstatterin: "Deutschland gilt aufgrund seines hohen Schutzniveaus für geistiges Eigentum als einer der attraktivsten Innovationsstandorte. Diese Errungenschaft wollen wir mit dem zweiten Patentrechtsmodernisierungsgesetz für die Zukunft sichern. In einer immer komplexeren Welt mit immer detaillierteren Technologien kann es aber gelegentlich zu fahrlässigen Patentverletzungen kommen. Würde ein Unterlassungsanspruch des Patentinhabers hier zu einer unverhältnismäßigen Härte führen, ist der Unterlassungsanspruch ausnahmsweise ausgeschlossen. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat sich in den Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Ausschluss auch bei einer unverhältnismäßigen Härte gegenüber Dritten greift – beispielsweise, wenn sonst ein lebensnotwendiger Impfstoff nicht an den Markt gehen könnte."

Johannes Fechner, rechtspolitischer Sprecher: "Gerade die Innovationstreiber in Deutschland haben immer häufiger Probleme mit so genannten 'Patent-Trollen'. Diese sichern sich keine Patente, um Innovationen zu fördern, sondern um sie in zweckfremdender Weise allein als Drohpotenzial zu nutzen. Aus Sorge vor einem Produktionsstopp, der mit einem Unterlassungsanspruch erwirkt werden könnte, zahlen die Unternehmen häufig horrenden Summen an die Patent-Trolle. Für diese missbräuchliche Verwendung ist der Patentschutz nicht da. Das Patentrecht soll die Wirtschaft schützen, es darf sie aber nicht unverhältnismäßig behindern."

WETTBEWERB

RECHT

WIRTSCHAFT

## FRAKTIONEN

## FAHRRADINFRASTRUKTUR AUSBAUEN – AUCH IM LÄNDLICHEN RAUM

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Die Linke	<a href="http://tsp.pm/k3LIWA">http://tsp.pm/k3LIWA</a>	–

**"Statt immer mehr Parkplätze zu schaffen, ist es sinnvoller, in den Ausbau der Fahrradinfrastruktur auch in ländlichen Regionen und so in den sanften Tourismus zu investieren.** Viele Ausflugsregionen und Naherholungsgebiete werden durch den motorisierten Ausflugsverkehr stark belastet [...]", erklärt Andreas Wagner, Sprecher für ÖPNV und Fahrradmobilität der Fraktion Die Linke, mit Blick auf den Weltfahrradtag am 3. Juni [...]. Wagner weiter: "Die Kapazitäten für eine unkomplizierte Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen ausgebaut werden. Das gilt sowohl für den Schienenfernverkehr als auch im ÖPNV. So könnte an Wochenenden und in Ferienzeiten vielerorts ein Angebot zur Fahrradmitnahme mit Bussen geschaffen werden, die hierfür einen Anhänger zur Fahrradbeförderung mitführen. Zudem werden vor allem im ländlichen Raum E-Bikes immer beliebter, um auch weitere Strecken und Steigungen mühelos zu bewältigen. Um die Nutzung von E-Bikes zu fördern, befürworte ich in ländlichen Regionen den Ausbau sicherer öffentlicher Abstellmöglichkeiten mit Lademöglichkeit. [...]"

INFRASTRUKTUR

ÖPNV

RADVERKEHR

TOURISMUS

STÄDTE/KOMMUNEN

## FRAKTIONEN

## RADWEGENETZ FÜR GANZ DEUTSCHLAND

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<a href="http://tsp.pm/0SzXIH">http://tsp.pm/0SzXIH</a>	–

**Zum Tag des Fahrrads erklärt Stefan Gelbhaar, Sprecher für Verkehrspolitik und Radverkehr:** "Das Fahrrad ist auf Strecken bis zu zehn Kilometer unschlagbar schnell, sauber, macht Spaß und hält fit. Tatsächlich sind 74 Prozent aller Wege unter zehn Kilometer, 58 Prozent sogar unter fünf Kilometer weit. Das macht das Fahrrad zu einem der wichtigsten Verkehrsmittel für die Verkehrswende. Daher: Der Radverkehr muss endlich angemessen gefördert werden. [...] Das Verkehrsministerium hat bisher kein einziges Fahrradparkhaus gefördert und nur knapp drei Kilometer Radschnellweg – in der gesamten Bundesrepublik. Radwege an Bundesfernstraßen wurden 2020 so wenig gebaut wie lange nicht. Wir brauchen eine echte Investitionsoffensive, die in Stadt und Land wirklich ankommt. Wir brauchen ein Radnetz in ganz Deutschland. Alle Dörfer müssen sicher mit dem Fahrrad erreichbar sein. Alle Bahnhöfe brauchen sichere Abstellanlagen. Dafür braucht es ein umsetzbares Konzept und Koordination durch den Bund. [...]"

INFRASTRUKTUR

FÖRDERUNG

RADVERKEHR

## FRAKTIONEN

## STEFAN GELBHAAR UND DANIELA WAGNER ZUM VERKEHRSSICHERHEITSPROGRAMM

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<a href="http://tsp.pm/4UQt4">http://tsp.pm/4UQt4</a>	–

**Zum Verkehrssicherheitsprogramm erklären Stefan Gelbhaar, Sprecher für Verkehrspolitik, und Daniela Wagner, Sprecherin für Stadtentwicklung:** "Das von Verkehrsminister Scheuer vorgelegte Verkehrssicherheitsprogramm ist nur ein aufgeblasener Ballon. Und das, obwohl es mit über einem Jahr Verspätung kommt. Statt konkreten Maßnahmen enthält es nur heiße Luft: Mit vagen Ideen, Prüfaufträgen sowie Technik, die es noch nicht gibt, lässt sich die Zahl der Verkehrstoten ganz sicher nicht reduzieren. [...] Die als 'moderne Verhaltensregeln' genannten Vorschläge werden das Verkehrsgeschehen nicht sicherer machen. Änderungen im Verkehrsrecht scheint der Verkehrsminister dennoch nicht ernsthaft anzustreben. [...]"

Für eine verantwortungsbewusste Verkehrssicherheitspolitik sollte die StVO, der Bußgeldkatalog und das Fahreignisregister überarbeitet werden. Strengere Tempolimits wären da ganz oben auf der Liste. Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts, verweigert sich Scheuer aber genauso standhaft wie einem Tempolimit auf der Autobahn oder geringeren Geschwindigkeiten auf Landstraßen. [...] Verkehrssicherheitszonen, die vor schweren Lkw-Abbiegeunfällen schützen können, wird es mit ihm nicht geben. Kommunen können noch immer nur in besonderen Fällen mit hohen Hürden Zebrasteifen und Ampeln für Fußgänger:innen oder Radstreifen einführen und auch hieran will Scheuer nichts ändern."

FUßVERKEHR

RADVERKEHR

VERKEHRSSICHERHEIT

SANKTION/RESTRIKTION

TEMPOLIMIT

## FRAKTIONEN

## GRÜNE BEANTRAGEN AKTUELLE STUNDE ZUR CO2-BEPREISUNG MIT SOZIALEM AUSGLEICH ALS KLIMASCHUTZINSTRUMENT

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<a href="http://tsp.pm/JnjOrS">http://tsp.pm/JnjOrS</a>	–

Die Grüne Bundestagsfraktion hat eine Aktuelle Stunde mit dem Titel "Haltung der Bundesregierung zum Klimaschutzinstrument einer planbar steigenden CO2-Bepreisung mit sozialem Ausgleich" beantragt. Hierzu erklärt Britta Haßelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin: "Klimaschutz gibt es mit Union und SPD nur auf dem Papier. [...] Nicht anders sind die unredlichen Äußerungen von Finanzminister Scholz und Verkehrsminister Scheuer mit Blick auf die CO2-Bepreisung von Heiz- und Kraftstoffen zu werten. [...] Wer sich öffentlich für einen steigenden CO2-Preis auf die Schulter klopft, muss auch so konsequent sein, den Menschen zu erklären, was das bedeutet. Klimaschutz ohne steigende Preise für fossile Energien wird nicht funktionieren. CDU, CSU und SPD müssen sich ehrlich machen.

Wir brauchen wirksame Klimaschutzmaßnahmen, die für die Menschen transparent und planbar sind. [...] Für diese Maßnahmen muss es einen starken sozialen Ausgleich wie ein Energiegeld als Rückerstattung des CO2-Preises geben. Denn Menschen mit geringem Einkommen brauchen Entlastung. Die Äußerungen von Mitgliedern des Kabinetts stehen ganz klar im Widerspruch zur gültigen Rechtslage im Rahmen des Nationalen Brennstoffhandelsgesetzes (BEHG), das einen planbaren Preissteigerungspfad in den nächsten Jahren bereits jetzt vorsieht. [...] Wir wollen von der Bundesregierung wissen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie eine planbar steigende CO2-Bepreisung umsetzen will und wie diese Mehrbelastung für die Bürger\*innen sozial abgedeckt werden soll."

EMISSIONEN

PARLAMENT

STEUER/ABGABE

# STAKEHOLDER

## BEHÖRDEN

**KRAFTFAHRTBUNDESAMT (KBA)**

02.06.2021

### DAS KRAFTFAHRT-BUNDESAMT (KBA) VERÖFFENTLICHT SEINEN MARKTÜBERWACHUNGSBERICHT 2020

In seinem Marktüberwachungsbericht für das Jahr 2020 veröffentlicht das KBA Ergebnisse seiner Überwachungstätigkeiten. Der Bericht informiert darüber, welche Fahrzeuge und Fahrzeugteile geprüft wurden und gibt die Ergebnisse bekannt, er liefert Informationen über Rückrufaktionen und über Sanktionen gegen Marktteilnehmer. [...]

<http://tsp.pm/3XeWns>

WETTBEWERB

KONTROLLE

WIRTSCHAFT

**NATIONALE ORGANISATION WASSERSTOFF- UND BRENNSTOFFZELLENGEOTECHNOLOGIE (NOW)**

04.06.2021

### STUDIE: KLIMAZIELE LASSEN SICH NUR DURCH DEN BREITEN EINSATZ VON WASSERSTOFF ERREICHEN

Wasserstoff und Wasserstoff-Syntheseprodukte gelten als wichtige Elemente für das Erreichen der jüngst forcierten Klimaschutzziele. Im Auftrag des Nationalen Wasserstoffrats haben die drei Fraunhoferinstitute ISI, ISE und IEG in einer Metastudie die potenzielle Nachfrage nach Wasserstoff sowie Wasserstoffderivaten bis 2050 analysiert. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen: Je mehr CO2 wir in Deutschland einsparen wollen, desto größer ist der Bedarf an Wasserstoff. Und je früher wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, desto schneller müssen diese Mengen zur Verfügung stehen. Wasserstoff und wasserstoffbasierte Syntheseprodukte sind zentrale Bausteine unseres Energiesystems der Zukunft. [...]

<http://tsp.pm/7j43IT>

KLIMA

STUDIE

H2

## SCHIENE

**ALLIANZ PRO SCHIENE, BGL**

02.06.2021

### KOMBINIERTER VERKEHR SOLL FÜR KLEINE UND MITTELGROSSE TRANSPORTEURE ATTRAKTIVER WERDEN

Die Allianz pro Schiene und der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) wollen gemeinsam den Kombinierten Verkehr (KV) von Bahnen und Lkw stärken. Dafür starten sie gemeinsam das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit rund 200.000 Euro geförderte Projekt Truck2train, das vor allem kleinen und mittleren Transporteuren den Zugang zur Schiene erleichtern soll. [...]

<http://tsp.pm/nbqJ79>

LOGISTIK

SCHIENE

STRAßE

GÜTERVERKEHR

KOMBINIERTER VERKEHR

MOFAIR, NEE

03.06.2021

## BAUSTELLEN IM SCHIENENNETZ BEHINDERN DEN EISENBAHNVERKEHR NOCH IMMER ZU STARK

Die Eisenbahnverbände NEE und mofair sind mit dem aktuellen Umsetzungsstand der vor drei Jahren vorgestellten Verabredungen des "Runden Tisches Baustellenmanagement" nicht zufrieden. Sie drängen darauf, dass vor allem die DB Netz als Infrastrukturverantwortliche ihre Zusagen einhält. Um eine weitere Alterung des deutschen Schienennetzes zu verhindern, wird es noch einige Jahre eine hohe Zahl von Baustellen im deutschen Schienennetz geben müssen. [...]

<http://tsp.pm/tpKOMu>

INFRASTRUKTUR

DB

## STRAÙE

AUTO CLUB EUROPA (ACE)

31.05.2021

## WELTFAHRRADTAG 2021: MEHR TEMPO BEIM AUSBAU DES RADVERKEHRSNETZES NOTWENDIG

Anlässlich des am 03. Juni stattfindenden Weltfahrradtags fordert der ACE Auto Club Europa, bei der Radverkehrsplanung das Tempo zu erhöhen. Derzeit sei die Planung zu unkoordiniert, Maßnahmen würden zu langsam und oft nur halbherzig umgesetzt. Neben einem signifikanten Ausbau des Radverkehrsnetzes fordert Deutschlands zweitgrößter Autoclub den Bau sicherer Fahrradabstellanlagen und -parkhäuser. Die Radverkehrsplanung und -förderung sollte dazu auf allen Ebenen gesetzliche Pflichtaufgabe sein, so der ACE. [...]

<http://tsp.pm/xrX407>

INFRASTRUKTUR

RADVERKEHR

ADFC, BVZF, VSF, ZIV

02.06.2021

## FAHRRADWIRTSCHAFT UND ADFC FORDERN VON KÜNFTIGER BUNDESREGIERUNG: KONSEQUENTE UMSETZUNG DER VERKEHRSWENDE, ZENTRALE ROLLE FÜR DAS FAHRRAD!

Die Verbände der Fahrradwirtschaft und der ADFC fordern für das Fahrrad eine konsequente Umsetzung der Verkehrswende in der nächsten Legislaturperiode. [...] Wir fordern konkrete Zielsetzungen und Maßnahmen der Bundesregierung, damit sich der Radverkehrsanteil am Modal-Split bis 2025 auf 20% und bis 2030 auf 30% erhöht! Dies ist ein entscheidender Hebel für die Verkehrswende und zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor. Der Bund ist aufgefordert, die entsprechenden rechtlichen, finanziellen, personellen und organisatorischen Ressourcen und Rahmenbedingungen zu schaffen. Dafür braucht es einen Aktionsplan zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans mit konkreten Maßnahmen und messbaren Zielen. [...] Wir fordern ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Fahrrad, eine Abkehr von der auto-zentrierten Förder- und Wirtschaftspolitik sowie eine deutliche Stärkung des Fahrradstandortes Deutschland! [...]

<http://tsp.pm/noBr5m>

RADVERKEHR

VERKEHRSWENDE

ZENTRALVERBAND DEUTSCHES KRAFTFAHRZEUGGEWERBE (ZDK)

01.06.2021

## ZDK FORDERT MINDESTQUOTE FÜR ERNEUERBARE KRAFTSTOFFE

Der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) spricht sich gemeinsam mit anderen Verbänden (u. a. ADAC, VDA, VDIK) für eine Mindestquote von fünf Prozent Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) im gesamten Verkehrssektor bis 2030 aus. Nur mit einer ambitionierten Vorgabe könne Deutschland zu einer führenden Wasserstoffwirtschaft werden [...]. [...]

<http://tsp.pm/y7SrN6>

E-FUELS

H2

AUTO-INDUSTRIE

## TRANSPORT/LOGISTIK

BUNDESVERBAND PAKET UND EXPRESSLOGISTIK (BIEK)

03.06.2021

### WAS DIE LEISTUNGSSTARKE PAKETBRANCHE VON MORGEN BRAUCHT

In seinem Positionspapier "Impulse für 2021+: Was die leistungsstarke Paketbranche von morgen braucht" hat der Bundesverband Paket und Expresslogistik (BIEK) Schwerpunkte definiert, die Wünsche, Anregungen und Lösungsansätze für aktuelle und anstehende Herausforderungen der Kurier-, Express- und Paketbranche (KEP) bündeln. [...]

<http://tsp.pm/v6Zbrc>

LOGISTIK

GÜTERVERKEHR

## VERKEHRSTRÄGERÜBERGREIFEND

BUNDESVERBAND DER ENERGIE- UND WASSERWIRTSCHAFT (BDEW)

01.06.2021

### KERSTIN ANDRAEAE: "KÜNFTIGE BUNDESREGIERUNG MUSS DEN ENERGIEWENDE-TURBO EINLEGEN"

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat heute seine energiepolitischen Handlungsempfehlungen für die kommende Legislaturperiode veröffentlicht. Die BDEW-Publikation "Energie macht Zukunft" formuliert die zentralen energiepolitischen Empfehlungen in den Bereichen Energie, Verkehr und Wärme. Von der Energiewirtschaft bereitgestellte klimaneutrale Energieträger sind zudem Grundvoraussetzung dafür, dass auch die Industrie CO<sub>2</sub>-neutral werden kann. Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: "[...] Es muss allen klar sein: Die jetzt im Entwurf des Klimaschutzgesetzes aufgestellten Ziele sind äußerst ambitioniert. [...]" Mit dem Aufstellen von Zielen sei es jedoch nicht getan, so Andreae: "[...] Klimaschutz entsteht durch Investitionen. Investieren können wir aber nur, wenn regulatorische Fesseln gelöst werden. Es gibt viele Baustellen für die nächste Legislaturperiode." Vieles liege noch im Argen: "Ausbaufaute bei der Windenergie, kein PV-Boom auf den Dächern oder in der Fläche, im Wärmemarkt werden vielversprechende Klimaschutzlösungen blockiert. Strom- und Gasnetzbetreiber bangen um notwendige Handlungsspielräume. Hohe Strompreise wirken wie ein Bremsklotz für die Sektorkopplung." [...]

<http://tsp.pm/G3DJ1v>

VERKEHRSWENDE

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE (BDI)

02.06.2021

## SCHLÜSSEL FÜR CO2-NEUTRALES FLIEGEN LIEGT IN GLOBALEN KLIMASCHUTZMAßNAHMEN

Holger Lösch, stellvertretender BDI-Hauptgeschäftsführer, äußert sich zum Auftakt des Branchengesprächs Luftfracht von BDI, Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) und Bundesverband Spedition und Logistik (DSLVL). Nationale Alleingänge in Form von Verboten von Kurzstreckenflügen oder der Einführung einer Kerosinsteuer wären kontraproduktiv. "Der Schlüssel für CO2-neutrales Fliegen liegt aufgrund der Internationalität des Luftverkehrs in globalen Klimaschutzmaßnahmen. Die exportorientierte deutsche Industrie ist auf ein funktionierendes internationales Luftverkehrsnetz und eine reibungslose Luftfrachtlogistik angewiesen. Nationale Alleingänge in Form von Verboten von Kurzstreckenflügen oder der Einführung einer Kerosinsteuer wären kontraproduktiv. Für einen CO2-neutralen Luftverkehr sind Investitionen für die Entwicklung und den Einsatz klimafreundlicher Technologien notwendig. Die Politik muss beim Markthochlauf nachhaltiger Kraftstoffe im Luftverkehr jetzt durchstarten. Die Finanzierung sollte aus den Einnahmen der Luftverkehrsteuer erfolgen."

<http://tsp.pm/QSaqK6>

LUFTFAHRT

KLIMA

STEUER/ABGABE

BUND FÜR UMWELT- UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND)

02.06.2021

## WELTTAG DES FAHRRADS: BUND FORDERT VERDOPPELUNG DES RADVERKEHRS IN DER STADT BIS 2030

Zum morgigen Welttag des Fahrrads fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Bundesregierung zu einer entschiedenen Mobilitätswende auf: Sie muss die Rolle des Fahrrades als umweltverträgliches, einfach nutzbares, für alle bezahlbares und zuverlässiges Verkehrsmittel deutlich stärken. Der BUND fordert in seinem Fachpapier "Urbane Mobilitätswende bis 2030" daher die Verdopplung des Radverkehrsanteiles in den Städten bis 2030. [...]

<http://tsp.pm/k4dM5y>

FÖRDERUNG

RADVERKEHR

DEUTSCHE UMWELTHILFE (DUH)

03.06.2021

## DEUTSCHE UMWELTHILFE WIRFT CDU "ERNEUTE FERNSTEUERUNG" DURCH DIE AUTOKONZERNE VOR: CO2- UND SPRITPREIS MÜSSEN STEIGEN FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sieht in der aktuellen Benzinpreisdebatte ein klares Zeichen dafür, dass die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD keine wirkliche Bereitschaft zum Klimaschutz haben. Die aktuell diskutierte, nach Ansicht der DUH nur moderate, Erhöhung läge sogar noch unter dem Spritpreis vom September 2012 mit 167 Cent. Für einen glaubwürdigen Klimaschutz muss der CO2-Preis und damit auch der Spritpreis im Kampf gegen die Klimakrise kontinuierlich steigen. Mit den Mehreinnahmen können Entlastungen an anderer Stelle finanziert werden: Eine drastische Absenkung und Vereinfachung der Kosten für Bahn, Bus und Tram nach Wiener Vorbild, beispielsweise durch bundesweit gültige 365-Euro-Tickets und einer attraktiven Anbindung der ländlichen Regionen an den Öffentlichen Nahverkehr. [...]

<http://tsp.pm/lfFdb3>

KLIMA

KRAFTSTOFFE

STEUER/ABGABE

DEUTSCHES VERKEHRSFORUM (DVF)

02.06.2021

## VAN HOORN: FÜR VISION ZERO ALLE MITTEL MOBILISIEREN

Das Deutsche Verkehrsforum (DVF) unterstützt die Zielsetzung der Bundesregierung, die Sicherheit des Straßenverkehrs in den kommenden Jahren auf ein neues Niveau zu heben. DVF-Geschäftsführerin Dr. Heike van Hoorn: "Wir müssen der Vision Zero in dieser Dekade einen deutlichen Schritt näher kommen. Die Zielsetzung, schwere Unfälle zu vermeiden, muss das Verkehrsgeschehen stärker bestimmen. Die entscheidenden Instrumente sind die Automatisierung und Digitalisierung, die Verbesserung der Infrastruktur, die Durchsetzung von Regeln und eine Kultur der Rücksichtnahme und Kooperation. Keiner dieser Punkte ist verzichtbar. Es geht darum, Verkehrstote, Verletzte und menschliches Leid zu verhindern. Dafür müssen wir alle Mittel mobilisieren." [...]

<http://tsp.pm/QUkmlc>

VERKEHRSSICHERHEIT

DEUTSCHER VERKEHRSSICHERHEITSRAT (DVR)

02.06.2021

## VERKEHRSSICHERHEITSPROGRAMM DES BUNDES: DVR NIMMT STELLUNG

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) begrüßt die Veröffentlichung des Verkehrssicherheitsprogramms des Bundes für die Jahre 2021 bis 2030. Besonders vielversprechend ist die Ankündigung einer zeitnahen Erarbeitung einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie. Bei der geplanten Umsetzung von Maßnahmen hätte sich der DVR noch konkretere Aussagen gewünscht. Der DVR wird beobachten, ob die politischen Entscheidungsträger bei Bund, Ländern und Kommunen in den nächsten Monaten und Jahren die erklärte Absicht, die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten in der laufenden Dekade spürbar zu senken, tatsächlich in die Tat umzusetzen. Sehr erfreulich ist aber, dass die Vision Zero nunmehr zum Grundkonsens der Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit zählt. [...] Der DVR hätte sich allerdings gewünscht, dass der Bund im Verkehrssicherheitsprogramm erklärt, eine umfassende Reform der Bußgeldkatalog-Verordnung nunmehr anpacken zu wollen. Eine solche wird seit mehreren Jahren auch von den Ländern gefordert.

<http://tsp.pm/bJ5ip9>

FUßVERKEHR

VERKEHRSSICHERHEIT

SANKTION/RESTRIKTION

GERMANWATCH

31.05.2021

## PARIS UND BERLIN TREIBEN EUROPEAN GREEN DEAL WEITER VORAN – ABER TEMPO NOCH ZU ZAGHAFT

In der heutigen gemeinsamen Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats zur Klimazusammenarbeit sieht Germanwatch einige Fortschritte zur weiteren Belebung des European Green Deal. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation fordert nun aber mehr Tempo bei weiteren Schritten. "Die heutige Erklärung treibt die strategische Klimakooperation der beiden Länder voran [...]", sagt Audrey Mathieu, Referentin für EU-Klimapolitik bei Germanwatch. [...] Nun müssen beide Regierungen die Umsetzung des Green Deal beschleunigen. "Wichtig sind nun Fortschritte bei der Reform des Emissionshandels inklusive verbesserter europäischer Solidaritätsmechanismen und bei der Einführung eines fairen Grenzsteuerausgleichs für Handelsbeziehungen zu Staaten ohne eine vergleichbare CO2-Bepreisung. Zudem muss es schneller voran gehen bei der Umsetzung einer klimagerechten Taxonomie auf EU-Ebene, damit Kohleausstieg, Verkehrs- und Wärmewende in der gesamten EU vorankommen", betont Mathieu. "Die klimafreundliche Mobilität könnten Berlin und Paris schneller unterstützen. Die geplante direkte Paris-Berlin-Bahnverbindung könnte schon Ende dieses Jahres realisiert werden anstatt 2023 – das wäre ein guter Abschluss des Europäischen Jahrs der Schiene." [...]

<http://tsp.pm/srv62U>

SCHIENE

EMISSIONEN

EU

KLIMA

GRENZÜBERSCHREITEND

MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION (MIT)

01.06.2021

## LUFTVERKEHRSKONZEPT 2025: MIT WILL LUFTVERKEHRSTANDORT STÄRKEN

Die MIT will den Zugang Deutschlands zum weltweiten Verkehrsnetz stärken. "Wir sind eine Exportnation. Gerade der Mittelstand ist auf eine schnelle Anbindung an globale Wirtschaftszentren angewiesen", sagt der stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende und Wettbewerbsexperte im Bundestag, Matthias Heider. Der MIT-Bundesvorstand setzt sich deswegen mit dem Luftverkehrskonzept 2025 für eine Stärkung des Luftverkehrsstandorts Deutschland ein. [...]

<http://tsp.pm/hEabVB>

LOGISTIK

LUFTFAHRT

GÜTERVERKEHR

FLUGHÄFEN

WIRTSCHAFT

STIFTUNG KLIMANEUTRALITÄT

03.06.2021

## CO2-PREISE UND SENKUNG DER EEG-UMLAGE

Ein wirksamer CO2-Preis deutlich oberhalb des heutigen Niveaus und des von der Bundesregierung bisher geplanten Preispfades muss ein zentrales Element jeder ernst gemeinten Klimapolitik sein. Zudem erfordert Klimaneutralität eine weitgehende Elektrifizierung möglichst vieler Bereiche der Volkswirtschaft. Die EEG-Umlage war zwei Jahrzehnte lang Garant einer verlässlichen Förderung erneuerbarer Energien, heute wirkt sie bei der Elektrifizierung der anderen Sektoren wie eine Investitionsbremse. Stiftung Klimaneutralität hat nun erstmals ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept entwickelt. Dieses sieht vor, im Gegenzug zu einer notwendigen Erhöhung der CO2-Preise für fossile Brennstoffe im Gebäude- und Verkehrsbereich die Stromkosten durch die Abschaffung der EEG-Umlage deutlich zu senken. [...]

<http://tsp.pm/ccGQuB>

KLIMA

STEUER/ABGABE

EMISSIONEN

VERBAND DER TECHNISCHEN ÜBERWACHUNGSVEREINE (VDTÜV)

03.06.2021

## ZUM VERKEHRSSICHERHEITSPROGRAMM 2021-2030 DES BUNDES

Zur Veröffentlichung des Verkehrssicherheitsprogramm 2021 bis 2030 der Bundesregierung sagt Richard Goebel, Bereichsleiter "Fahrzeug & Mobilität" des TÜV-Verbandes: "Mit dem neuen Verkehrssicherheitsprogramm für die kommende Dekade hat die Bundesregierung eine erste Grundlage für die zukünftige Verkehrssicherheit in Deutschland geschaffen. Erfreulich ist, dass das Leitbild der 'Vision Zero' zum klaren Ziel des verkehrspolitischen Handelns ernannt wurde [...]. Wie in anderen Ländern der EU muss dieses Ziel in Deutschland zukünftig Gesetzescharakter haben. [...] Bezüglich der Umsetzung bleibt das Verkehrssicherheitsprogramm allerdings an vielen Stellen leider zu vage. Es ist daher abzuwarten, welche konkreten Maßnahmen die neu gewählte Bundesregierung ab September tatsächlich umsetzen wird." [...]

<http://tsp.pm/BBYkKH>

VERKEHRSSICHERHEIT

VERBAND DEUTSCHER VERKEHRSUNTERNEHMEN (VDV)

01.06.2021

## VDV SIEHT KRITIK DES BUNDESRECHNUNGSHOFES AN EINER FORTFÜHRUNG DES ÖPNV-RETTUNGSSCHIRMS ALS UNBEGRÜNDET

Der Bundesrechnungshof stellt in einer aktuellen Stellungnahme die Notwendigkeit der Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms für das Jahr 2021 in Frage. Nach Ansicht des Bundesrechnungshofes falle der tatsächliche Finanzbedarf der Branche nicht so hoch aus wie zu befürchten war. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) weist diese Kritik zurück und betont, dass für eine Bewertung der tatsächlichen Einnahmenverluste bei den Verkehrsunternehmen nicht nur das Jahr 2020 betrachtet werden dürfe, sondern beide Pandemiejahre, also 2020 und 2021. [...]

<http://tsp.pm/dARl6d>

ÖPNV

FINANZEN

FÖRDERUNG

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT (VER.DI)

01.06.2021

## ÖPNV UND MOBILITÄTSWENDE IN GEFAHR: BETRIEBSRÄTE WARNEN VOR ANGEBOTSKÜRZUNGEN UND PREISERHÖHUNGEN

Mit einem Brandbrief haben sich Betriebs- und Personalräte aus über 140 Unternehmen des öffentlichen und privaten Personennahverkehrs (ÖPNV) an die Politik, unter anderem an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und Bundesfinanzminister Olaf Scholz, gewandt. Gemeinsam mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) appellieren sie an Bund und Länder, Einsparungen und Preiserhöhungen im ÖPNV zu verhindern und stattdessen in eine krisenfeste und klimagerechte Mobilitätswende zu investieren. [...]

<http://tsp.pm/AjzPI0>

ÖPNV

FINANZEN

ARBEIT

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN (VKU)

02.06.2021

## VKU-CHEF INGBERT LIEBING ZUR EINIGUNG DER KOALITION ÜBER WASSERSTOFFNETZE

"Wasserstoff kann das zentrale Bindeglied zwischen den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr werden, weil es als CO<sub>2</sub>-neutrale und speicherbare Energiequelle über die bestehenden Gasverteilnetze in der Fläche nutzbar gemacht und produziert werden kann. Das ist eine enorme Chance. Doch wer den Leuchtturm am Horizont sieht, ist noch lange nicht im sicheren (Klima-)Hafen: Im nächsten Schritt sollte die Bundesregierung deshalb mit geeigneten Rahmenbedingungen dafür sorgen, das gesamte Wasserstoff-Potenzial unseres Landes zu heben – auch was die zugrunde liegende Infrastruktur betrifft. [...] Die Koalition hat sich nun darauf verständigt, wie Erdgas- und Wasserstoffnetze künftig aufgebaut und finanziert werden sollen. Die heute in Medien kolportierten Vorschläge begrüßen wir ausdrücklich. Eine klare Zielformulierung im Gesetz für einen gemeinsamen regulatorischen Rahmen zur Finanzierung der Gas- und der Wasserstoffnetze stellt die richtigen Weichen. Eine regulatorische Trennung von Wasserstoff- und Gasnetzen löst ansonsten unweigerlich eine Investitionszurückhaltung bei den Netzbetreibern aus. Und weil für die Verteilnetzbetreiber bereits heute keine europarechtlichen Einschränkungen existieren, fordern die Berichterstatter der Regierungsfractionen in einem Entschließungsantrag deshalb zu Recht, den einschlägigen EU-Rechtsrahmen anzupassen." [...]

<http://tsp.pm/HZSZaP>

H2

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD

02.06.2021

## SPD-WIRTSCHAFTSFORUM VERÖFFENTLICHT INDUSTRIEPAPIER "MADE IN GERMANY 2030"

Das Wirtschaftsforum der SPD hat heute das industriepolitische Strategiepapier "Made in Germany 2030" veröffentlicht. Das Papier enthält etliche konkrete Maßnahmen, um Eckpunkte für eine industrielle Gesamtstrategie und Post-Corona-Agenda klar zu umreißen. Schwerpunkte werden auf Wasserstoff, Automotive, Kreislaufwirtschaft, Life Sciences, Digitalisierung und Finanzierungsinstrumente gelegt. [...]

<http://tsp.pm/cUkyLZ>

DIGITALISIERUNG

AUTO-INDUSTRIE

H2

WIRTSCHAFT



# ÜBERSICHT ZUM 07.06.2021

Status der Gesetzgebungsverfahren zum 07.06.2021

## NEU

Keine neuen Gesetze und Verordnungen

## AKTUELL

AUSSCHUSS BUNDESRAT

481/21

Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes

AUSSCHUSS BUNDESRAT

477/21

Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote

AUSSCHUSS BUNDESRAT

473/21

Gesetz zu dem Protokoll vom 30. April 2010 zum Internationalen Übereinkommen vom 3. Mai 1996 über Haftung und Entschädigung für Schäden bei der Beförderung gefährlicher und schädlicher Stoffe auf See (HNS-Übereinkommen 2010)

AUSSCHUSS BUNDESRAT

472/21

Gesetz zur Ausführung des HNS-Übereinkommens 2010 und zur Änderung des ÖISG, der SVertO, des SeeAufg und des HGB

AUSSCHUSS BUNDESRAT

460/21

Gesetz zur Anpassung des Produktsicherheitsgesetzes und zur Neuordnung des Rechts der überwachungsbedürftigen Anlagen

AUSSCHUSS BUNDESRAT

438/21

Verordnung zur Änderung der Kassensicherungsverordnung

AUSSCHUSS BUNDESRAT

410/21

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung

AUSSCHUSS BUNDESRAT

406/21

Zweite Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung

AUSSCHUSS BUNDESRAT

398/21

Verordnung zur Neuordnung kennzeichnungsrechtlicher Vorschriften für Reifen

**ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG**

19/29793

Verordnung zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

**2./3. LESUNG BUNDESTAG**

19/29654

Gesetz zu dem Zusatzprotokoll vom 20. Februar 2008 zum Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) betreffend den elektronischen Frachtbrief

**2./3. LESUNG BUNDESTAG**

19/28784

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages

**2./3. LESUNG BUNDESTAG**

19/28172

Gesetz über die Insolvenzsicherung durch Reisesicherungsfonds und zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften

**2./3. LESUNG BUNDESTAG**

19/27654

Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften

**2./3. LESUNG BUNDESTAG**

19/27442

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors

**2./3. LESUNG BUNDESTAG**

19/25821

Zweites Gesetz zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts

**BERATUNG BUNDESTAG**

19/29216

Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

**AUSSCHUSS BUNDESTAG**

19/27453

Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht

**1. LESUNG BUNDESTAG**

19/30230

Erstes Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

**1. LESUNG BUNDESTAG**

19/29788

Gesetz zur Einschränkung der Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen im Bereich der Bundesfernstraßen (Bundesfernstraßenprivatisierungseinschränkungsgesetz – BFStrPrivEinschG)

**UNVERÄNDERT**

## ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

19/28649

Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten

## ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

19/28163

Verordnung über Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon-Leakage durch den nationalen Brennstoffemissionshandel (BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung – BECV)

## 2. BERATUNG BUNDES RAT

19/21611

Gesetz zur Effektivierung des Bußgeldverfahrens

## 2. BERATUNG BUNDES RAT

19/21609

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Erhöhung der Sicherheit im Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr

## 2. BERATUNG BUNDES RAT

19/15276

Gesetz zur Änderung des Bundesnichtraucherschutzgesetzes

## AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/1690

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) – Schwarzfahren als Ordnungswidrigkeit

## AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/1115

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Straffreiheit für Fahren ohne Fahrschein

**VERABSCHIEDET**

---

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen

AKTUELL

481/21

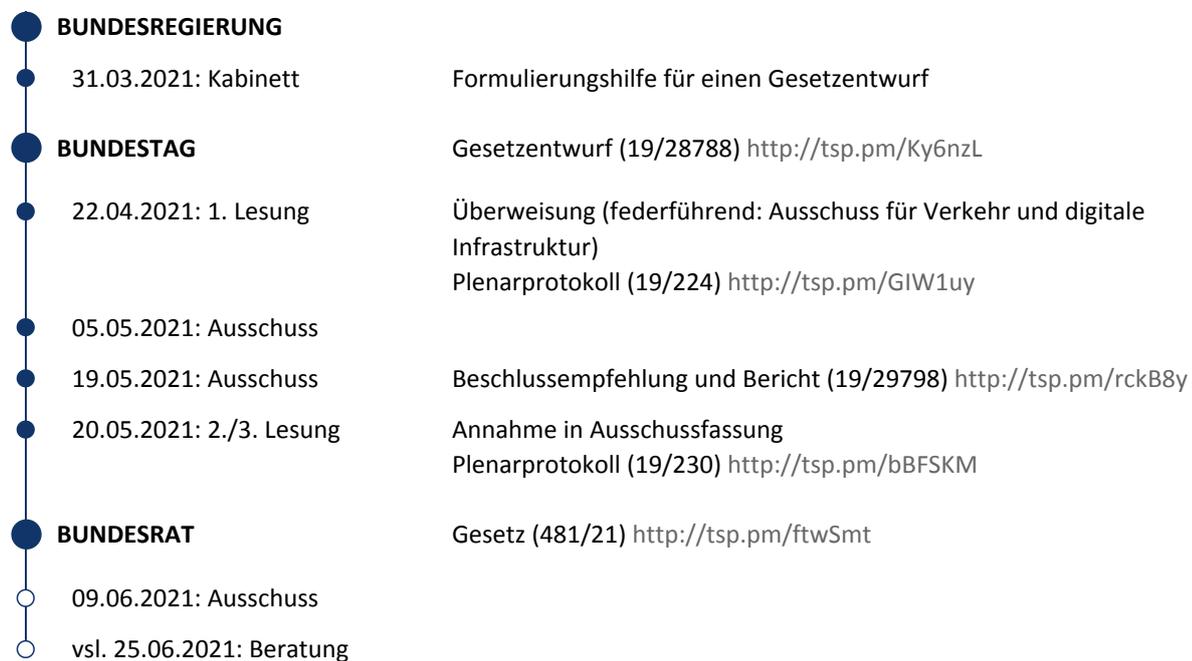
## SECHZEHNTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES LUFTVERKEHRSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen CDU/CSU und SPD	Nicht zustimmungspfl.	–

Bislang werden Gebühren für Flugsicherungsdienste und die dazu erforderlichen Einrichtungen von Luftraumnutzern nur an Flugplätzen erhoben, bei denen das BMVI einen Bedarf aus Gründen der Sicherheit und aus verkehrspolitischen Gründen anerkennt. Mit dem Gesetz soll ein zweiter Gebührenbereich für die Flugplätze eingerichtet werden, die nicht zu den Flugplätzen nach § 27d Absatz 1 LuftVG gehören, bei denen aber eine Flugsicherung erforderlich ist. Um ein niedrigeres Gebührenniveau erreichen zu können, sollen verfügbare Bundesmittel eingesetzt werden, um die nach Einnahme der Gebühren verbleibende Finanzlücke auszugleichen.

### AKTUELLER STATUS

### 09.06.2021: Ausschuss Bundesrat



AKTUELL

477/21

## GESETZ ZUR WEITERENTWICKLUNG DER TREIBHAUSGASMINDERUNGS-QUOTE

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMU	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Gesetz soll die Treibhausgasminderungs-Quote zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 (Erneuerbare-Energien-Richtlinie – RED II) in nationales Recht weiterentwickelt werden. Dabei sollen die Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag und die entsprechenden einschlägigen Maßnahmen der Nationalen Wasserstoffstrategie, den Anteil an erneuerbaren Energien signifikant über die EU-Vorgaben hinaus zu erhöhen, berücksichtigt werden. Das Gesetz sieht vor, die bestehende Verpflichtung zur Treibhausgasminderung bei Kraftstoffen schrittweise bis zum Jahr 2030 auf 22 Prozent zu erhöhen. Im Zuge dessen sollen die derzeit bestehenden Erfüllungsoptionen für Kraftstoffanbieter, wie etwa Biokraftstoffe und Strom, um weitere Möglichkeiten im Bereich Wasserstoff und strombasierte Kraftstoffe erweitert werden. Zudem soll eine energetische Mindestquote für das Inverkehrbringen erneuerbarer strombasierter Flugturbinenkraftstoffe ab dem Jahr 2026 eingeführt werden.

### AKTUELLER STATUS

### 10.06.2021: Ausschuss Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
22.09.2020	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/T3QiLt">http://tsp.pm/T3QiLt</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/jOJ6F4">http://tsp.pm/jOJ6F4</a>
03.02.2021: Kabinett	Gesetzentwurf <a href="http://tsp.pm/o2i43W">http://tsp.pm/o2i43W</a>
<b>BUNDES RAT</b>	Gesetzentwurf (152/21) <a href="http://tsp.pm/0LOsaK">http://tsp.pm/0LOsaK</a>
11.03.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (152/1/21) <a href="http://tsp.pm/4Uonu3">http://tsp.pm/4Uonu3</a>
26.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (152/21(B)) <a href="http://tsp.pm/MLG36T">http://tsp.pm/MLG36T</a> Plenarprotokoll (1002) <a href="http://tsp.pm/Tl4Tb0">http://tsp.pm/Tl4Tb0</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/27435) <a href="http://tsp.pm/aN7zZi">http://tsp.pm/aN7zZi</a>
15.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) Plenarprotokoll (19/221) <a href="http://tsp.pm/aQhQXA">http://tsp.pm/aQhQXA</a>
21.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/LrtFVj">http://tsp.pm/LrtFVj</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/smcgpD">http://tsp.pm/smcgpD</a>
05.05.2021: Ausschuss	
<del>06.05.2021: 2./3. Lesung</del>	Absetzung von TO
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29850) <a href="http://tsp.pm/74ewVn">http://tsp.pm/74ewVn</a>
20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) <a href="http://tsp.pm/mEF9mo">http://tsp.pm/mEF9mo</a>
<b>BUNDES RAT</b>	Gesetz (477/21)
10.06.2021: Ausschuss	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

473/21

## GESETZ ZU DEM PROTOKOLL VOM 30. APRIL 2010 ZUM INTERNATIONALEN ÜBEREINKOMMEN VOM 3. MAI 1996 ÜBER HAFTUNG UND ENTSCHÄDIGUNG FÜR SCHÄDEN BEI DER BEFÖRDERUNG GEFÄHRLICHER UND SCHÄDLICHER STOFFE AUF SEE (HNS-ÜBEREINKOMMEN 2010)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Zustimmungspfl.	–

Mit diesem Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des HNS-Übereinkommens 2010 geschaffen werden. Mit dem Übereinkommen werden internationale Regeln zu Haftung und Entschädigung bei durch Gefahrguttransporte auf See verursachten Personen-, Sach- und Umweltschäden aufgestellt.

### AKTUELLER STATUS

09.06.2021: Ausschuss Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
● 25.11.2020: Kabinett	
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (33/21) <a href="http://tsp.pm/X1JN91">http://tsp.pm/X1JN91</a>
● 27.01.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (33/1/21) <a href="http://tsp.pm/1dsoSK">http://tsp.pm/1dsoSK</a>
● 12.02.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (33/21(B)) <a href="http://tsp.pm/8qxaut">http://tsp.pm/8qxaut</a> Plenarprotokoll (1000) <a href="http://tsp.pm/LalUJR">http://tsp.pm/LalUJR</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/27216) <a href="http://tsp.pm/7sGlnq">http://tsp.pm/7sGlnq</a>
● 25.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/218) <a href="http://tsp.pm/7xKHG8">http://tsp.pm/7xKHG8</a>
● 05.05.2021: Ausschuss	
● 19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29885) <a href="http://tsp.pm/CUhjrJ">http://tsp.pm/CUhjrJ</a>
● 20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) <a href="http://tsp.pm/Tb1KBI">http://tsp.pm/Tb1KBI</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetz (473/21) <a href="http://tsp.pm/IOLDBN">http://tsp.pm/IOLDBN</a>
○ 09.06.2021: Ausschuss	
○ vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

472/21

## GESETZ ZUR AUSFÜHRUNG DES HNS-ÜBEREINKOMMENS 2010 UND ZUR ÄNDERUNG DES ÖLSG, DER SVERTO, DES SEEAUFGG UND DES HGB

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	–

Das Gesetz sieht die Einführung einer Versicherungspflicht für Schiffe vor, die gefährliche und schädliche Stoffe transportieren, die unter das HNS-Übereinkommen 2010 fallen. Außerdem sollen sie verpflichtet werden, Importe von Stoffen, die unter das Übereinkommen fallen, zu melden und im Schadensfall Beiträge an den einzurichtenden HNS-Fonds zu entrichten. Folgeänderungen ergeben sich im Handelsgesetzbuch und in der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung. Regelungen des Ölschadengesetzes, das Vorbild für das HNS-Gesetz ist, sollen angepasst werden.

### AKTUELLER STATUS

09.06.2021: Ausschuss Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
25.11.2020: Kabinett	
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (17/21) <a href="http://tsp.pm/A696kG">http://tsp.pm/A696kG</a>
27.01.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (17/1/21) <a href="http://tsp.pm/DbBIPs">http://tsp.pm/DbBIPs</a>
12.02.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (17/21(B)) <a href="http://tsp.pm/N4hPMx">http://tsp.pm/N4hPMx</a> Plenarprotokoll (1000) <a href="http://tsp.pm/59vQjY">http://tsp.pm/59vQjY</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/27215) <a href="http://tsp.pm/UWYn4e">http://tsp.pm/UWYn4e</a>
25.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/218) <a href="http://tsp.pm/qW7FcB">http://tsp.pm/qW7FcB</a>
05.05.2021: Ausschuss	
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29885) <a href="http://tsp.pm/P9Wz1D">http://tsp.pm/P9Wz1D</a>
20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) <a href="http://tsp.pm/m0OUvW">http://tsp.pm/m0OUvW</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetz (472/21) <a href="http://tsp.pm/E6vFO2">http://tsp.pm/E6vFO2</a>
09.06.2021: Ausschuss	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

460/21

## GESETZ ZUR ANPASSUNG DES PRODUKTSICHERHEITSGESETZES UND ZUR NEUORDNUNG DES RECHTS DER ÜBERWACHUNGSBEDÜRFTIGEN ANLAGEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMAS	Zustimmungspfl.	–

Zur Anpassung an die ab dem 16. Juli 2021 geltenden Regeln der Verordnung (EU) 2019/1020 sollen die Abschnitte zu Marktüberwachung sowie Informations- und Meldepflichten des Produktionssicherheitsgesetzes (ProdSG) nahezu vollständig in das neue Marktüberwachungsgesetz (MÜG) überführt werden, das parallel zu diesem Gesetz beschlossen werden soll. Zudem sollen die Regelungen des ProdSG zu überwachungsbedürftigen Anlagen in ein eigenständiges Gesetz (ÜAnIG) übernommen und dabei überarbeitet werden. Dabei geht es um den Betrieb und die Überwachung von z. B. Tankstellen oder Lager- und Füllanlagen für brennbare Flüssigkeiten. Die Regelungen dienen dem Schutz der Beschäftigten und weiteren Personen, die sich im Gefahrenbereich einer solchen überwachungsbedürftigen Anlage befinden.

### AKTUELLER STATUS

### 10.06.2021: Ausschuss Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
24.09.2020	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/16z7DE">http://tsp.pm/16z7DE</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/ZShklJ">http://tsp.pm/ZShklJ</a>
10.02.2021: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="http://tsp.pm/giSeMK">http://tsp.pm/giSeMK</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (130/21) <a href="http://tsp.pm/7IHnSI">http://tsp.pm/7IHnSI</a>
11.03.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (130/1/21) <a href="http://tsp.pm/QUg0vt">http://tsp.pm/QUg0vt</a>
26.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (130/21(B)) <a href="http://tsp.pm/iG1MeV">http://tsp.pm/iG1MeV</a> Plenarprotokoll (1002) <a href="http://tsp.pm/9XEICV">http://tsp.pm/9XEICV</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (19/28406) <a href="http://tsp.pm/pk5bkW">http://tsp.pm/pk5bkW</a>
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Arbeit und Soziales) Plenarprotokoll (19/224) <a href="http://tsp.pm/cshkOR">http://tsp.pm/cshkOR</a>
05.05.2021: Ausschuss	
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29806) <a href="http://tsp.pm/pxjzby">http://tsp.pm/pxjzby</a>
20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) <a href="http://tsp.pm/ntZ9ol">http://tsp.pm/ntZ9ol</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetz (460/21) <a href="http://tsp.pm/rhVt9m">http://tsp.pm/rhVt9m</a>
10.06.2021: Ausschuss	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

438/21

## VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER KASSENSICHERUNGSVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Zustimmungspfl.	–

Mit Änderung der Kassensicherungsverordnung (KassenSichV) wird festgelegt, dass EU-Taxameter und Wegstreckenzähler künftig über eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung zum Schutz vor unprotokollierten Änderungen und Löschungen der digitalen Grundaufzeichnungen verfügen müssen. Da sie technisch nicht mit elektronischen oder computergestützten Kassensystemen und Registrierkassen vergleichbar sind, sollen in den neuen §§ 7 und 8 die technischen Anforderungen an EU-Taxameter und Wegstreckenzähler definiert werden. Die Änderung von § 1 zielt darauf ab, Kassen- und Parkscheinautomaten der Parkraumbewirtschaftung aufgrund der Vergleichbarkeit zu Fahrscheindruckern vom Anwendungsbereich der KassenSichV auszunehmen. Ebenso ausgenommen werden sollen Ladepunkte für Elektro- oder Hybridfahrzeuge. Der Bundestag kann der Verordnung zustimmen oder sie ablehnen, wobei die Zustimmung auch als erteilt gilt, sollte er sich nach Ablauf von drei Sitzungswochen seit Eingang nicht mit ihr befasst haben. Anschließend muss der Bundesrat noch zustimmen.

### AKTUELLER STATUS

### 10.06.2021: Ausschuss Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
22.03.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/WRvTFG">http://tsp.pm/WRvTFG</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/5L1OqH">http://tsp.pm/5L1OqH</a>
27.04.2021: Kabinett	Verordnung <a href="http://tsp.pm/rvViNQ">http://tsp.pm/rvViNQ</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Verordnung (19/29085) <a href="http://tsp.pm/zN6hko">http://tsp.pm/zN6hko</a>
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29841) <a href="http://tsp.pm/1lrGiS">http://tsp.pm/1lrGiS</a>
20.05.2021: Beratung	Zustimmung Plenarprotokoll (19/230) <a href="http://tsp.pm/ySluCv">http://tsp.pm/ySluCv</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Verordnung (438/21) <a href="http://tsp.pm/e5YGev">http://tsp.pm/e5YGev</a>
10.06.2021: Ausschuss	
vsl. 25.06.2021: Beratung	

AKTUELL

410/21

## ALLGEMEINE VERWALTUNGSVORSCHRIFT ZUR ÄNDERUNG DER ALLGEMEINEN VERWALTUNGSVORSCHRIFT ZUR STRAßENVERKEHRS-ORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMVI, BMWi, BMU	Zustimmungspfl.	–

Die zuletzt 2017 geänderte Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) bedarf aufgrund zwischenzeitlich in Kraft getretener Rechtsänderungen entsprechender Anpassungen. Die Änderungen betreffen unter anderem die Zuständigkeiten für Autobahnen in der Baulast des Bundes, die Voraussetzungen zur Anordnung von Parkbevorrechtigungen für Carsharing, Ausnahmegenehmigungen (Parksonderrechte) für Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung, die Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen, Regelungen für den Radverkehr und den Katalog der Verkehrszeichen.

### AKTUELLER STATUS

### 09.06.2021: Ausschuss Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
12.03.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/0F2V0v">http://tsp.pm/0F2V0v</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/kXYGUt">http://tsp.pm/kXYGUt</a>
12.05.2021: Kabinett	
<b>BUNDESRAT</b>	Allgemeine Verwaltungsvorschrift (410/21) <a href="http://tsp.pm/G9sq00">http://tsp.pm/G9sq00</a>
09.06.2021: Ausschuss	
vsl. 25.06.2021: Beratung	

AKTUELL

406/21

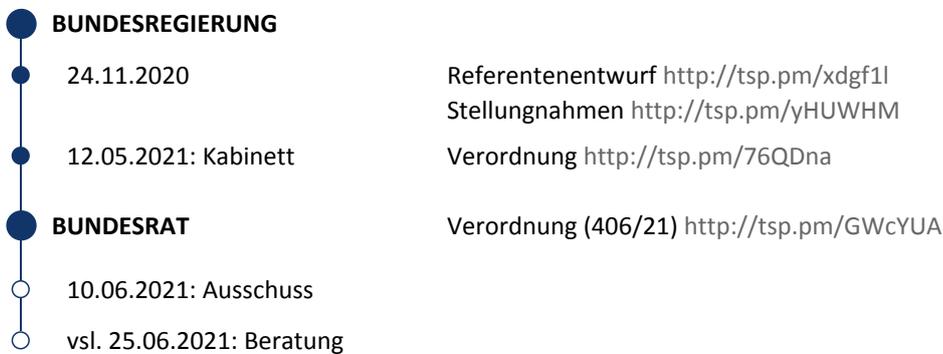
## ZWEITE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER LADESÄULENVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWi	Zustimmungspfl.	–

Die Änderungsverordnung legt fest, dass neu errichtete Ladepunkte über eine Schnittstelle verfügen müssen, mithilfe derer Standortinformationen und dynamische Daten wie der Belegungsstatus übermittelt werden können. Außerdem ist vorgesehen, dass der Betreiber eines Ladepunkts an dem jeweiligen Ladepunkt oder in dessen unmittelbarer Nähe die für den bargeldlosen Zahlungsvorgang erforderliche Authentifizierung ermöglichen und ab Juli 2023 den Zahlungsvorgang mindestens mittels eines gängigen Debit- und Kreditkartensystems kontaktlos durch Vorhalten einer Karte mit der Fähigkeit zur Nahfeldkommunikation anbieten muss. Darüber hinaus sollen die Kompetenzen der BNetzA ausgeweitet, die Anzeigepflicht neu errichteter Ladesäulen geändert und die Definition der öffentlichen Zugänglichkeit konkretisiert werden.

### AKTUELLER STATUS

### 10.06.2021: Ausschuss Bundesrat



AKTUELL

398/21

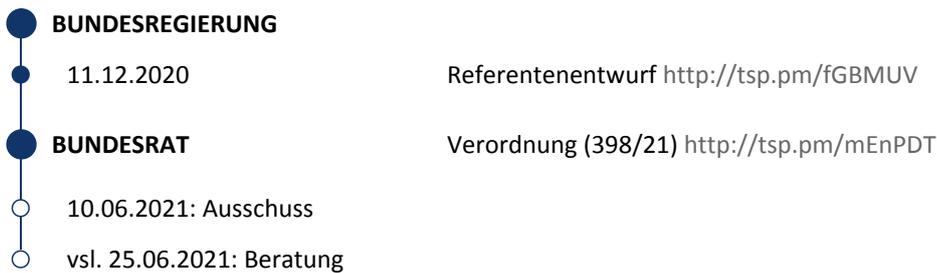
## VERORDNUNG ZUR NEUORDNUNG KENNZEICHNUNGSRECHTLICHER VORSCHRIFTEN FÜR REIFEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWi	Zustimmungspf.	–

Mit der Verordnung werden die nationalen Sanktionsvorschriften zur Durchführung der Verordnung (EU) 2020/740 festgelegt. Weiterer nationaler Regelungen bedarf es zur Durchführung nicht. Gleichzeitig wird die derzeit gültige nationale Reifenkennzeichnungsverordnung außer Kraft gesetzt.

### AKTUELLER STATUS

**10.06.2021: Ausschuss Bundesrat**



AKTUELL

19/29793

## VERORDNUNG ZUR UMSETZUNG DES ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZES 2021 UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER ENERGIERECHTLICHER VORSCHRIFTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWi	Zustimmungspfl.	–

Zur Umsetzung des am 01.01.2021 in Kraft getretenen EEG 2021 definiert die Verordnung Anforderungen an die Herstellung grünen Wasserstoffs, die erfüllt sein müssen, damit der für dessen Herstellung verbrauchte Strom vollständig von der EEG-Umlage befreit ist. Zudem werden eine Anschlussförderung für kleine Gülleanlagen eingeführt und weitere Details im untergesetzlichen Recht der erneuerbaren Energien und KWK geregelt, die zu Verbesserungen in der praktischen Anwendung des EEG 2021 und des KWKG führen sollen. Dazu zählt etwa eine Verbesserung der Flächenkulisse für Agro-PV-Anlagen in den Innovationsausschreibungen und eine Verlängerung der Registrierung bestehender EE- und KWK-Anlagen im Marktstammdatenregister.

### AKTUELLER STATUS

### 07.06.2021: Öffentliche Anhörung

<p><b>BUNDESREGIERUNG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● 12.05.2021</li> <li>● 19.05.2021: Kabinett</li> </ul> <p><b>BUNDESTAG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● 19.05.2021: Ausschuss</li> <li>○ 07.06.2021: Anhörung</li> </ul>	<p>Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/TycaBc">http://tsp.pm/TycaBc</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/7FXy22">http://tsp.pm/7FXy22</a> Verordnung <a href="http://tsp.pm/uhdYHX">http://tsp.pm/uhdYHX</a></p> <p>Verordnung (19/29793) <a href="http://tsp.pm/nIT4dh">http://tsp.pm/nIT4dh</a></p> <p>Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung</p> <p>Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/GZwBw4">http://tsp.pm/GZwBw4</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/BvGH0w">http://tsp.pm/BvGH0w</a></p>
--	---

AKTUELL

19/29654

## GESETZ ZU DEM ZUSATZPROTOKOLL VOM 20. FEBRUAR 2008 ZUM ÜBEREINKOMMEN VOM 19. MAI 1956 ÜBER DEN BEFÖRDERUNGSVERTRAG IM INTERNATIONALEN STRAßENGÜTERVERKEHR (CMR) BETREFFEND DEN ELEKTRONISCHEN FRACHTBRIEF

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	–

Das Gesetz schafft die innerstaatlichen Voraussetzungen, damit die Bundesrepublik Deutschland dem Zusatzprotokoll zum Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) beitreten kann. Dieses enthält die erforderlichen Regelungen, damit die Beteiligten eines CMR-Frachtvertrags rechtswirksam elektronisch kommunizieren können.

### AKTUELLER STATUS

### 10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
● 20.01.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/Xzik3g">http://tsp.pm/Xzik3g</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/wfNN8n">http://tsp.pm/wfNN8n</a>
● 24.03.2021: Kabinett	
<b>BUNDESRAT</b>	
● 21.04.2021: Ausschuss	Gesetzentwurf (263/21) <a href="http://tsp.pm/PkeYcJ">http://tsp.pm/PkeYcJ</a> Empfehlung des Ausschusses <a href="http://tsp.pm/eqj3SC">http://tsp.pm/eqj3SC</a>
● 07.05.2021: 1. Beratung	Keine Einwendungen (263/21(B)) <a href="http://tsp.pm/q74EKq">http://tsp.pm/q74EKq</a> Plenarprotokoll (1004) <a href="http://tsp.pm/gq1yUg">http://tsp.pm/gq1yUg</a>
<b>BUNDESTAG</b>	
● 20.05.2021: 1. Lesung	Gesetzentwurf (19/29654) <a href="http://tsp.pm/xuTNHW">http://tsp.pm/xuTNHW</a> Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/230) <a href="http://tsp.pm/8Uy0Lo">http://tsp.pm/8Uy0Lo</a>
○ 09.06.2021: Ausschuss	
○ 10.06.2021: 2./3. Lesung	
<b>BUNDESRAT</b>	
○ vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/28784

## GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ABGEORNETENGESETZES – VERBESSERUNG DER TRANSPARENZREGELN FÜR DIE MITGLIEDER DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen die parlamentarischen Transparenzregeln des AbgG deutlich verbessert werden. Die bisher untergesetzlichen Verhaltensregeln werden dafür ins AbgG übertragen. Ein neuer Elfter Abschnitt soll die bisherigen untergesetzlichen Verhaltensregeln (Anlage 1 GO-BT) ersetzen. Hierdurch sollen sämtliche Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete rechtssicher im AbgG verankert und somit übersichtlich werden.

### AKTUELLER STATUS

### 11.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/28784) <a href="http://tsp.pm/zoKlnx">http://tsp.pm/zoKlnx</a>
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung) Plenarprotokoll (19/224) <a href="http://tsp.pm/ryq1NZ">http://tsp.pm/ryq1NZ</a>
22.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
05.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/YnE7qn">http://tsp.pm/YnE7qn</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/FZXQ88">http://tsp.pm/FZXQ88</a>
09.06.2021: Ausschuss	
11.06.2021: 2./3. Lesung	
<b>BUNDESRAT</b>	
vsl. 25.06.2021: Beratung	

AKTUELL

19/28172

## GESETZ ÜBER DIE INSOLVENZSICHERUNG DURCH REISESICHERUNGSFONDS UND ZUR ÄNDERUNG REISERECHTLICHER VORSCHRIFTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	–

Das Gesetz sieht die Einrichtung eines Reisesicherungsfonds zur Insolvenzsicherung von Reiseveranstaltern vor, der in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert und überwiegend aus Entgelten der abgesicherten Reiseanbieter finanziert werden soll. Der Reisesicherungsfonds soll langfristig der alleinige Insolvenzabsicherer werden. Zugleich soll die derzeit in § 651r Absatz 3 BGB vorgesehene Möglichkeit der Kundengeldabsicherer, ihre Haftung für die von ihnen in einem Geschäftsjahr insgesamt zu erstattenden Beträge auf 110 Millionen Euro zu begrenzen, gestrichen werden. Stattdessen soll eine Haftungsbegrenzung auf 22 Prozent des Jahresumsatzes des jeweils abzusichernden Reiseveranstalters ermöglicht werden, die den erwartbaren Maximalverlust abbildet und sich daher nicht auf die Entschädigung der Reisenden im Insolvenzfall auswirkt.

### AKTUELLER STATUS

**10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
02.02.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/sDLv4l">http://tsp.pm/sDLv4l</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/zgISU9">http://tsp.pm/zgISU9</a>
10.02.2021: Kabinett	Gesetzentwurf <a href="http://tsp.pm/clec2B">http://tsp.pm/clec2B</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (148/21) <a href="http://tsp.pm/tAUTPt">http://tsp.pm/tAUTPt</a>
10.03.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (148/1/21) <a href="http://tsp.pm/ETStxp">http://tsp.pm/ETStxp</a>
26.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (148/21(B)) <a href="http://tsp.pm/vGMlck">http://tsp.pm/vGMlck</a> Plenarprotokoll (1002) <a href="http://tsp.pm/t0FIDl">http://tsp.pm/t0FIDl</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/28172) <a href="http://tsp.pm/gYekVD">http://tsp.pm/gYekVD</a>
24.03.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
16.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz)
21.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/S3RRfG">http://tsp.pm/S3RRfG</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/zD8K49">http://tsp.pm/zD8K49</a>
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: 2./3. Lesung	
<b>BUNDESRAT</b>	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/27654

## GESETZ ZUR FORTENTWICKLUNG DER STRAFPROZESSORDNUNG UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER VORSCHRIFTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Zustimmungspfl.	–

Ziel des Gesetzes ist es, das Recht des Ermittlungsverfahrens an verschiedenen Stellen zu modernisieren. Dazu soll unter anderem der Einsatz von sogenannten automatisierten Kennzeichenlesesystemen (AKLS) im öffentlichen Verkehrsraum insbesondere zu Fahndungszwecken erlaubt werden. Zudem sollen die Befugnisse zur Postbeschlagnahme um ein Auskunftsverlangen gegenüber Postdienstleistern erweitert werden. Weitere Änderungen der Strafprozessordnung (StPO) umfassen eine Ausdehnung der Telekommunikationsüberwachung bei bandenmäßiger Steuerhinterziehung sowie eine Erweiterung des Katalogs der Online-Durchsuchung um mehrere Delikte wie den Computerbetrug. Zudem sollen einzelne Nachsteuerungen vorgenommen werden, die durch das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs neu gefasst beziehungsweise eingeführt worden sind.

### AKTUELLER STATUS

**10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
15.10.2020	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/5ZgOpD">http://tsp.pm/5ZgOpD</a>
20.01.2021: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="http://tsp.pm/yN2tpj">http://tsp.pm/yN2tpj</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (57/21) <a href="http://tsp.pm/nhq8pB">http://tsp.pm/nhq8pB</a>
17.02.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (57/1/21) <a href="http://tsp.pm/KkocUC">http://tsp.pm/KkocUC</a>
05.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (57/21(B)) <a href="http://tsp.pm/1fMDRC">http://tsp.pm/1fMDRC</a> Plenarprotokoll (1001) <a href="http://tsp.pm/aXliKM">http://tsp.pm/aXliKM</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (19/27654) <a href="http://tsp.pm/QAFnZr">http://tsp.pm/QAFnZr</a>
24.03.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
25.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/218) <a href="http://tsp.pm/3s6YmG">http://tsp.pm/3s6YmG</a>
14.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/5tf8aM">http://tsp.pm/5tf8aM</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/E4G0KW">http://tsp.pm/E4G0KW</a>
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: 2./3. Lesung	
<b>BUNDESRAT</b>	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

**AKTUELL**

19/27442

**GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES E-GOVERNMENT-GESETZES UND ZUR EINFÜHRUNG DES GESETZES FÜR DIE NUTZUNG VON DATEN DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI; BMWi	Zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Um die Potenziale der Politik offener Daten voll auszuschöpfen, soll die Verfügbarkeit von Daten der Bundesverwaltung weiter gesteigert werden. Des Weiteren soll die Nutzbarkeit offener Daten verbessert werden. Als wesentliche Maßnahme zur Ausweitung der Bereitstellung offener, unbearbeiteter Daten durch den Bund soll der Anwendungsbereich des § 12a EGovG auf die gesamte Bundesverwaltung (mit Ausnahme der Selbstverwaltungskörperschaften und Beliehener) ausgeweitet werden. Dies soll zukünftig grundsätzlich auch die mittelbare Bundesverwaltung einschließen, die Anstalten, Körperschaften und Stiftungen öffentlichen Rechtes umfasst. Zudem sollen einzelne Ausnahmeregelungen gestrichen werden. Über das neue Datennutzungsgesetz werden außerdem öffentliche Unternehmen, die auf den Gebieten der Wasserversorgung, Energieversorgung und des Verkehrs tätig sind, verpflichtet, bestimmte Daten künftig öffentlich verfügbar zu machen.

**AKTUELLER STATUS**

**10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag**

- BUNDESREGIERUNG**
- 17.12.2020 Referentenentwurf <http://tsp.pm/138eli>  
Stellungnahmen <http://tsp.pm/XXm5lv>
- 10.02.2021: Kabinett Gesetzentwurf <http://tsp.pm/Kqm1si>
- BUNDESRAT**
- 11.03.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (141/1/21) <http://tsp.pm/cVfkdc>
- 26.03.2021: 1. Beratung Stellungnahme (141/21(B)) <http://tsp.pm/mlv2Q6>  
Plenarprotokoll (1002) <http://tsp.pm/ykoXLW>
- BUNDESTAG**
- 25.03.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie)  
Plenarprotokoll (19/218) <http://tsp.pm/XprkKw>
- 05.05.2021: Ausschuss
- ~~06.05.2021: 2./3. Lesung~~ Absetzung von TO
- 19.05.2021: Ausschuss
- ~~20.05.2021: 2./3. Lesung~~ Absetzung von TO
- 09.06.2021: Ausschuss
- 10.06.2021: 2./3. Lesung
- BUNDESRAT**
- vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

AKTUELL

19/25821

**ZWEITES GESETZ ZUR VEREINFACHUNG UND MODERNISIERUNG DES PATENTRECHTS**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	–

Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt sollen im Patentrecht und in anderen Gesetzen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes modernisiert, inhaltlich aneinander angeglichen und vereinfacht werden. Das Gesetz sieht zudem eine Klarstellung der Regelung des Unterlassungsanspruchs bei Verletzungen von Patenten oder Gebrauchsmustern vor. Es soll im Einklang mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung sichergestellt werden, dass die nach geltendem Recht bereits bestehende Möglichkeit, Verhältnismäßigkeitserwägungen beim Unterlassungsanspruch zu berücksichtigen, auch in der gerichtlichen Praxis als Korrektiv hinreichend zum Tragen kommt. Für eine bessere Synchronisierung der Verletzungsverfahren vor den Zivilgerichten und der Nichtigkeitsverfahren wird das Verfahren vor dem BPatG gestrafft. Außerdem soll die entsprechende Anwendung einzelner Bestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen in Patent- und Gebrauchsmusterstreitsachen vorgeschlagen werden.

**AKTUELLER STATUS****10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
01.09.2020	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/yvL5tZ">http://tsp.pm/yvL5tZ</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/9zDUDe">http://tsp.pm/9zDUDe</a>
28.10.2020: Kabinett	Gesetzentwurf <a href="http://tsp.pm/tl0cX4">http://tsp.pm/tl0cX4</a>
<b>BUNDES RAT</b>	Gesetzentwurf (683/20) <a href="http://tsp.pm/jQKass">http://tsp.pm/jQKass</a>
02.12.2020: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (683/1/20) <a href="http://tsp.pm/tGWYEJ">http://tsp.pm/tGWYEJ</a>
18.12.2020: 1. Beratung	Stellungnahme (683/20(B)) <a href="http://tsp.pm/leWDPk">http://tsp.pm/leWDPk</a> Plenarprotokoll (998) <a href="http://tsp.pm/laygs5">http://tsp.pm/laygs5</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/25821) <a href="http://tsp.pm/jkrXHX">http://tsp.pm/jkrXHX</a>
27.01.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
27.01.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/205) <a href="http://tsp.pm/RWMCjg">http://tsp.pm/RWMCjg</a>
24.02.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/HaoiKS">http://tsp.pm/HaoiKS</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/g7toxx">http://tsp.pm/g7toxx</a>
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: 2./3. Lesung	
<b>BUNDES RAT</b>	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/29216

## SIEBZEHNTE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER AUßENWIRTSCHAFTSVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWi	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit der Verordnung soll die AWV an den durch die erste Novelle des AWG geänderten gesetzlichen Rahmen angepasst und so die Überarbeitung des nationalen Investitionsprüfungsrechts abgeschlossen werden. Kern sind neue Melde- und damit verbundene Prüfpflichten für ausländische Direktinvestitionen in Hoch- und Zukunftstechnologien, zu denen unter anderem KI, Halbleiter, Quantentechnologie, Luft- und Raumfahrt sowie Nukleartechnologie zählen. Anders als etwa im Bereich Kritischer Infrastrukturen sollen diese jedoch erst ab dem Erwerb eines Anteils von 20 Prozent zur Anwendung kommen. Die Investitionsprüfung greift aber nicht nur bei erstmaliger Beteiligung, sondern auch bei darauffolgenden, aufstockenden Investitionen – allerdings nur, wenn sich ein bestehender Anteilseigner durch einen solchen "Hinzuerwerb" weiteren gesellschaftsrechtlich maßgeblichen Schwellen annähert beziehungsweise diese überschreitet.

### AKTUELLER STATUS

### 10.06.2021: Beratung Bundestag

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
22.01.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/LhWTMW">http://tsp.pm/LhWTMW</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/YLZyfv">http://tsp.pm/YLZyfv</a>
27.04.2021: Kabinett	Verordnung <a href="http://tsp.pm/QHcqWr">http://tsp.pm/QHcqWr</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Verordnung (343/21) <a href="http://tsp.pm/lkMBix">http://tsp.pm/lkMBix</a>
12.05.2021: Ausschuss	
28.05.2021: Beratung	Keine Stellungnahme (343/21(B)) <a href="http://tsp.pm/ZR5IF2">http://tsp.pm/ZR5IF2</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Verordnung (19/29216) <a href="http://tsp.pm/tPCo6Z">http://tsp.pm/tPCo6Z</a>
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: Beratung	

AKTUELL

19/27453

## GESETZ ZUR UMSETZUNG UNIONSRECHTLICHER VORGABEN UND ZUR REGELUNG REINER WASSERSTOFFNETZE IM ENERGIEWIRTSCHAFTSRECHT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWi	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Das Gesetz dient vorrangig der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt. Eine Übergangsregelung zur regulatorischen Behandlung reiner Wasserstoffnetze im EnWG setzt außerdem den Rahmen für einen zügigen und rechtssicheren Einstieg in den schrittweisen Aufbau einer nationalen Wasserstoffnetzinfrastruktur.

### AKTUELLER STATUS

### 09.06.2021: Ausschuss Bundestag

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
19.01.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/TKMmwR">http://tsp.pm/TKMmwR</a>
10.02.2021: Kabinett	Gesetzentwurf <a href="http://tsp.pm/QugZ8t">http://tsp.pm/QugZ8t</a>
<b>BUNDES RAT</b>	Gesetzentwurf (165/21) <a href="http://tsp.pm/aBaolx">http://tsp.pm/aBaolx</a>
11.03.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (165/1/21) <a href="http://tsp.pm/NwVaSh">http://tsp.pm/NwVaSh</a>
26.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (165/21(B)) <a href="http://tsp.pm/FbrpcR">http://tsp.pm/FbrpcR</a> Plenarprotokoll (1002) <a href="http://tsp.pm/0M395t">http://tsp.pm/0M395t</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/27453) <a href="http://tsp.pm/7yzqBU">http://tsp.pm/7yzqBU</a>
24.03.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
25.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie) Plenarprotokoll (19/218) <a href="http://tsp.pm/RloJFB">http://tsp.pm/RloJFB</a>
14.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/FyB7u5">http://tsp.pm/FyB7u5</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/bSns8x">http://tsp.pm/bSns8x</a>
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
07.06.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/ad2tc7">http://tsp.pm/ad2tc7</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/5ZlAqq">http://tsp.pm/5ZlAqq</a>
09.06.2021: Ausschuss	
<b>BUNDES RAT</b>	

AKTUELL

19/30230

**ERSTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDES-KLIMASCHUTZGESETZES**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMU	Nicht zustimmungspfl.	–

Zur Umsetzung des BVerfG-Beschlusses vom 24.03.2021 werden mit dem Gesetz neue nationale Klimaschutzziele festgelegt. Danach sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 65 und bis 2040 um mindestens 88 Prozent sinken, bis 2045 soll Netto-Treibhausgasneutralität erreicht werden. Für die Jahre 2030, 2040 und 2045 wird zudem definiert, welche Beiträge der Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft leisten soll. Die im KSG bereits festgelegten Jahresemissionsmengen der Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft werden für den Zeitraum 2023 bis 2030 neu definiert und für die Jahre 2031 bis 2040 werden sektorübergreifende jährliche Minderungsziele vorgegeben.

**AKTUELLER STATUS****10.06.2021: 1. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
11.05.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/h8gqWN">http://tsp.pm/h8gqWN</a>
12.05.2021: Kabinett	Gesetzentwurf <a href="http://tsp.pm/8tejgM">http://tsp.pm/8tejgM</a> Begleitender Beschluss: Klimapakt Deutschland <a href="http://tsp.pm/1jVder">http://tsp.pm/1jVder</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (411/21) <a href="http://tsp.pm/EGhgCD">http://tsp.pm/EGhgCD</a>
12.05.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (411/1/21) <a href="http://tsp.pm/cnwLa8">http://tsp.pm/cnwLa8</a>
28.05.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (411/21(B)) <a href="http://tsp.pm/9AmrFV">http://tsp.pm/9AmrFV</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/30230) <a href="http://tsp.pm/n0zfbD">http://tsp.pm/n0zfbD</a>
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
10.06.2021: 1. Lesung	
21.06.2021: Anhörung	
<b>BUNDESRAT</b>	

AKTUELL

19/29788

## GESETZ ZUR EINSCHRÄNKUNG DER PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER INFRASTRUKTUREN IM BEREICH DER BUNDESFERNSTRASSEN (BUNDESFERNSTRASSENPRIVATISIERUNGSEINSCHRÄNKUNGSGESETZ – BFSTRPRIVEINSCHG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll die Beteiligung von Privaten an Bau, Unterhalt und Finanzierung der Bundesfernstraßenverkehrsinfrastrukturen im Rahmen von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften untersagt werden.

### AKTUELLER STATUS

**10.06.2021: 1. Lesung Bundestag**



**BUNDESTAG**

Gesetzentwurf (19/29788) <http://tsp.pm/VtHhnX>



10.06.2021: 1. Lesung



**BUNDESRAT**

UNVERÄNDERT

19/28649

## GESETZ ÜBER DIE UNTERNEHMERISCHEN SORGFALTPFLICHTEN IN LIEFERKETTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMAS	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Das Gesetz soll der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage dienen, indem für bestimmte Unternehmen Anforderungen an ein verantwortliches Management von Lieferketten definiert werden. Betroffene Firmen erhalten einen gesetzlichen Rahmen zur Erfüllung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Zur Kontrolle und Durchsetzung der Einhaltung wird eine zuständige Behörde benannt und mit entsprechenden Eingriffsbefugnissen ausgestattet. Zudem wird eine Bemühenspflicht begründet, aber weder eine Erfolgspflicht noch eine Garantiehaftung. Um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu verhindern, soll das Sorgfaltspflichtengesetz außerdem an eine künftige europäische Regelung angepasst werden.

### AKTUELLER STATUS

### 17.05.2021: Öffentliche Anhörung

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
28.02.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/DthKYW">http://tsp.pm/DthKYW</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/EvV96A">http://tsp.pm/EvV96A</a>
03.03.2021: Kabinett	Gesetzentwurf <a href="http://tsp.pm/cRWeTI">http://tsp.pm/cRWeTI</a>
<b>BUNDES RAT</b>	Gesetzentwurf (239/21) <a href="http://tsp.pm/HwyOs9">http://tsp.pm/HwyOs9</a>
22.04.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (239/1/21) <a href="http://tsp.pm/x4RnUU">http://tsp.pm/x4RnUU</a>
07.05.2021: 1. Beratung	Keine Einwendungen (293/21(B)) <a href="http://tsp.pm/MkPouT">http://tsp.pm/MkPouT</a> Plenarprotokoll (1004) <a href="http://tsp.pm/urkPTd">http://tsp.pm/urkPTd</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/28649) <a href="http://tsp.pm/Xg7d0m">http://tsp.pm/Xg7d0m</a>
21.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Arbeit und Soziales) Plenarprotokoll (19/224) <a href="http://tsp.pm/dXDj44">http://tsp.pm/dXDj44</a>
05.05.2021: Ausschuss	
17.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/rIfvTk">http://tsp.pm/rIfvTk</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/nfYqo9">http://tsp.pm/nfYqo9</a>
19.05.2021: Ausschuss	Absetzung von TO
20.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
<b>BUNDES RAT</b>	

UNVERÄNDERT

19/28163

## VERORDNUNG ÜBER MAßNAHMEN ZUR VERMEIDUNG VON CARBON-LEAKAGE DURCH DEN NATIONALEN BRENNSTOFFEMISSIONSHANDEL (BEHG-CARBON-LEAKAGE-VERORDNUNG – BECV)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMU	Zustimmungspfl.	–

Die Verordnung legt Kompensationsmaßnahmen zur Vermeidung von Carbon-Leakage infolge des nationalen Brennstoffemissionshandels nach dem BEHG fest. Zur Beurteilung der Verlagerungsrisiken in den verschiedenen Branchen wird die Sektorenliste des EU-Emissionshandels zugrunde gelegt. Um den nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen, enthält die Verordnung die Möglichkeit, in einem nachgelagerten Prüfungsverfahren weitere Sektoren und Teilsektoren zu identifizieren, bei denen ein Carbon-Leakage-Risiko festgestellt wird. Auf Unternehmensebene wird ein abgestufter Beihilfeansatz verfolgt. Die Verordnung bedarf der Zustimmung des Bundestages. Diese gilt allerdings auch als erteilt, sofern sich das Parlament nicht innerhalb von sechs Sitzungswochen nach Eingang der Verordnung mit ihr befasst hat. Darüber hinaus unterliegt die Verordnung dem beihilferechtlichen Genehmigungsvorbehalt der EU-Kommission.

### AKTUELLER STATUS

### 03.05.2021: Öffentliche Anhörung

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
11.02.2021	Referentenentwurf <a href="http://tsp.pm/OCMm7n">http://tsp.pm/OCMm7n</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/BBTvdj">http://tsp.pm/BBTvdj</a>
31.03.2021: Kabinett	Verordnung <a href="http://tsp.pm/gBD1qR">http://tsp.pm/gBD1qR</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Verordnung (19/28163) <a href="http://tsp.pm/W7nTfs">http://tsp.pm/W7nTfs</a>
14.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
03.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/tMU71K">http://tsp.pm/tMU71K</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/4Zt5rG">http://tsp.pm/4Zt5rG</a>

UNVERÄNDERT

19/21611

## GESETZ ZUR EFFEKTIVIERUNG DES BUßGELDVERFAHRENS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Hessen, Nordrhein-Westfalen	Nicht zustimmungspfl.	–

Ziel des Gesetzes ist es, das Bußgeldverfahren unter Beibehaltung notwendiger hoher rechtsstaatlicher Standards effektiver zu gestalten und einen zügigen Verfahrensabschluss zu gewährleisten. Bei Verkehrsordnungswidrigkeiten liegt ein erhebliches Interesse der Allgemeinheit vor, Verhalten von Betroffenen, das die Leichtigkeit und Sicherheit des Straßenverkehrs – und damit auch die Unversehrtheit jedes einzelnen Verkehrsteilnehmers – potenziell gefährdet, zeitnah zu ahnden und den Betroffenen durch entsprechende Rechtsfolgen zu einem verkehrsgerechten Verhalten anzuleiten. In der Praxis ist jedoch vermehrt zu beobachten, dass gerade Betroffene, denen eine Verkehrsordnungswidrigkeit vorgeworfen wird, die ihnen zustehenden Verfahrensrechte ergreifen, um das Verfahren zu verzögern. Auch das Bundesdatenschutzgesetz soll geändert werden. Hier möchte das Land Hessen § 41 Absatz 1 Satz 3 aufheben, wonach Bußgeldverfahren, bei denen der Betrag von 100.000 Euro überschritten wird, in den Zuständigkeitsbereich der Landgerichte fallen.

### AKTUELLER STATUS

#### 03.07.2020: 2. Beratung Bundesrat

<p><b>BUNDESRAT</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● 13.03.2020: 1. Beratung</li> <li>● 18.03.2020: Ausschuss</li> <li>● 17.06.2020: Ausschuss</li> <li>● 03.07.2020: 2. Beratung</li> </ul> <p><b>BUNDESTAG</b></p>	<p>Gesetzentwurf (107/20) <a href="http://tsp.pm/CF918E">http://tsp.pm/CF918E</a></p> <p>Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (986) <a href="http://tsp.pm/Z2Klqp">http://tsp.pm/Z2Klqp</a></p> <p>Empfehlungen der Ausschüsse (107/1/20) <a href="http://tsp.pm/Gjrs3K">http://tsp.pm/Gjrs3K</a></p> <p>Einbringung in geänderter Fassung; Bestellung einer Beauftragten (107/20(B)) <a href="http://tsp.pm/GzNLcE">http://tsp.pm/GzNLcE</a> Plenarprotokoll (992) <a href="http://tsp.pm/261b11">http://tsp.pm/261b11</a></p> <p>Gesetzentwurf (19/21611) <a href="http://tsp.pm/k2ofLj">http://tsp.pm/k2ofLj</a></p>
--	--

UNVERÄNDERT

19/21609

## GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES – ERHÖHUNG DER SICHERHEIT IM BAHN-, SCHIFFS-, LUFT- UND STRAßENVERKEHR

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Nordrhein-Westfalen, Bayern	Nicht zustimmungspfl.	–

Für verkehrsfeindliches Verhalten mit Todesfolge, ausgenommen des Bereichs verbotener Kraftfahrzeugrennen, ergeben sich im geltenden Recht erhebliche Defizite und Ungereimtheiten, weil die Erfolgsqualifikation der einschlägigen Strafbestimmungen zwar die schwere Gesundheitsschädigung eines anderen Menschen sowie die Gesundheitsschädigung einer großen Zahl von Menschen, nicht aber die Todesfolge umfasst. Nordrhein-Westfalen und Bayern wollen deshalb § 315 Absatz 3 Nummer 2 um den Begriff der Todesfolge erweitern, sodass für absichtliche gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr auch eine Mindestfreiheitsstrafe nicht unter einem Jahr droht.

### AKTUELLER STATUS

#### 03.07.2020: 2. Beratung Bundesrat

<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (256/20) <a href="http://tsp.pm/zcf6yK">http://tsp.pm/zcf6yK</a>
05.06.2020: 1. Beratung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (990) <a href="http://tsp.pm/p5o7Et">http://tsp.pm/p5o7Et</a>
17.06.2020: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (256/1/20) <a href="http://tsp.pm/tyuxoY">http://tsp.pm/tyuxoY</a>
03.07.2020: 2. Beratung	Einbringung; Bestellung eines Beauftragten (256/20(B)) <a href="http://tsp.pm/poM4aS">http://tsp.pm/poM4aS</a> Plenarprotokoll (992) <a href="http://tsp.pm/TUtc2M">http://tsp.pm/TUtc2M</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/21609) <a href="http://tsp.pm/fBhWQb">http://tsp.pm/fBhWQb</a>

UNVERÄNDERT

19/15276

**GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESNICHTRAUCHERSCHUTZGESETZES**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	Zustimmungspf.	–

Um Minderjährige und Schwangere vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen, soll durch Änderung des BNichtrSchG das Rauchen in ihrer Anwesenheit in geschlossenen Fahrzeugen untersagt werden. Im Falle eines Verstoßes soll ein Bußgeld in Höhe von 500 bis 3.000 Euro drohen.

**AKTUELLER STATUS**

<b>BUNDESRAT</b>	<b>11.10.2019: 2. Beratung Bundesrat</b>
	Gesetzentwurf (435/19) <a href="http://tsp.pm/Jx0tA1">http://tsp.pm/Jx0tA1</a>
20.09.2019: 1. Beratung	Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss) Plenarprotokoll (980) <a href="http://tsp.pm/JgpIHT">http://tsp.pm/JgpIHT</a>
25.09.2019: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (435/1/19) <a href="http://tsp.pm/PBBIYj">http://tsp.pm/PBBIYj</a>
11.10.2019: 2. Beratung	Einbringung; Bestellung eines Beauftragten (435/19(B)) <a href="http://tsp.pm/8kJBbG">http://tsp.pm/8kJBbG</a> Plenarprotokoll (981) <a href="http://tsp.pm/pEUxMn">http://tsp.pm/pEUxMn</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/15276) <a href="http://tsp.pm/crCFNT">http://tsp.pm/crCFNT</a>

UNVERÄNDERT

19/1690

## GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES (STGB) UND DES GESETZES ÜBER ORDNUNGSWIDRIGKEITEN (OWIG) – SCHWARZFAHREN ALS ORDNUNGSWIDRIGKEIT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Nicht zustimmungspfl.	–

Der Strafbarkeit der Beförderungerschleichung in § 265a Abs. 1 StGB soll aufgehoben werden. Gleichzeitig soll ein neuer, anwendungsgerecht klarer Ordnungswidrigkeitstatbestand (Nutzung der Beförderung durch ein Verkehrsmittel ohne das dafür erforderliche Entgelt) geschaffen werden. Dadurch werden die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte entlastet und in einem ersten Schritt Ersatzfreiheitsstrafen verringert und damit der Strafvollzug entlastet. Die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe insgesamt durch Verrechtlichung der gemeinnützigen Arbeit als primärer Ersatzstrafe ("Schwitzen statt Sitzen") bleibt einem weiteren gesetzgeberischen Schritt im Rahmen einer Reform der strafrechtlichen Sanktionen vorbehalten. Für Personen, die nicht in der Lage sind, gemeinnützige Arbeit zu leisten, kommt es auf Betreuungsangebote an, die aber nur außerhalb der Strafrechtspflege sinnvoll zu leisten sind.

### AKTUELLER STATUS

#### 27.01.2021: Ausschuss Bundestag

● <b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/1690) <a href="http://tsp.pm/ToV1az">http://tsp.pm/ToV1az</a>
● 20.04.2018: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/27) <a href="http://tsp.pm/ZEZDq9">http://tsp.pm/ZEZDq9</a>
● 06.06.2018: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
● 10.10.2018: Ausschuss	Beschlussfassung über die Terminierung der Öffentlichen Anhörung
● 07.11.2018: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/RI6tbp">http://tsp.pm/RI6tbp</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/zWH1oy">http://tsp.pm/zWH1oy</a>
● 27.01.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/26271) <a href="http://tsp.pm/cDir9S">http://tsp.pm/cDir9S</a>
● <b>BUNDESRAT</b>	

UNVERÄNDERT

19/1115

## GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHS – STRAFFREIHEIT FÜR FAHREN OHNE FAHRSCHEIN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktion Die Linke	Nicht zustimmungspfl.	–

In § 265a StGB wird die Beförderungerschleichung als Strafbarkeitsalternative gestrichen und das Fahren ohne Fahrschein nun nicht mehr mit dem Strafrecht sanktioniert. Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ohne einen gültigen Fahrschein wird bislang nach § 265a Abs. 1 Alt. 3 StGB bestraft. Demnach droht Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe demjenigen, der die Beförderung durch ein Verkehrsmittel in der Absicht erschleicht, das Entgelt nicht zu entrichten. Die Anzeigepraxis ist unterschiedlich. Viele Verkehrsunternehmen erstatten erst Strafanzeige bei mehrmaligem Fahren ohne Fahrschein innerhalb eines kurzen Zeitraums und mangelnder Begleichung des "erhöhten Beförderungsentgelts", allerdings obliegt das den Verkehrsunternehmen.

### AKTUELLER STATUS

### 27.01.2021: Ausschuss Bundestag

<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (19/1115) <a href="http://tsp.pm/SQSn0E">http://tsp.pm/SQSn0E</a>
20.04.2018: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/27) <a href="http://tsp.pm/gYpVfQ">http://tsp.pm/gYpVfQ</a>
06.06.2018: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
10.10.2018: Ausschuss	Beschlussfassung über die Terminierung der Öffentlichen Anhörung
07.11.2018: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/fnjo77">http://tsp.pm/fnjo77</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/aQvttq">http://tsp.pm/aQvttq</a>
27.01.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/26271) <a href="http://tsp.pm/eA6r53">http://tsp.pm/eA6r53</a>
<b>BUNDESRAT</b>	



# ÜBERSICHT DER KW 23

Ausblick auf die politischen Termine vom 07.06. bis 13.06.2021



## BUNDESTAG

### PLENUM

- 232. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 233. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 234. Sitzung des Deutschen Bundestages

### AUSSCHÜSSE

- 121. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (Öffentliche Anhörung)
- 115. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- 146. Sitzung des Finanzausschusses
- 122. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie
- 114. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur
- 158. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz
- 76. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- 54. Sitzung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- 95. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- 100. Sitzung des Haushaltsausschusses
- 71. Sitzung des Ausschusses für Tourismus
- 83. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung



## BUNDES RAT

### PLENUM

- Keine Sitzung.
- Nächste Sitzung: 25.06.2021

### AUSSCHÜSSE

- Sitzung des Rechtsausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)
- Sitzung des Verkehrsausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)
- Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Integration und Sozialpolitik (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)
- Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)
- Sitzung des Wirtschaftsausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)
- Sitzung des Finanzausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

Sitzung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

## TERMINE

### KW 23

#### **Montag, 07.06.2021**

Nationaler ÖPNV-Gipfel

FES zu öffentlicher Infrastruktur und Investitionen

FNF zu innovativen Technologien

#### **Dienstag, 08.06.2021**

Tagesspiegel zur Zukunft der Mobilität

Wirtschaftsforum der SPD zur Transformation der Industrie

**Neu** Allianz, LibMod und WWF zur Transformation der Wirtschaft und Klimaneutralität

**Neu** BMW zur Perspektive des Mittelstands

#### **Mittwoch, 09.06.2021**

Visa zu digitalem Bezahlen und Mobilität

Kopernikus-Projekte zur Klimaneutralität

Wirtschaftstag der Innovationen 2021

**Neu** Attac und RLS zu Mobilitätsplattformen und ÖPNV

Agora Verkehrswende zur Bundestagswahl

Industriekreis Elektromobilität zu Klimaschutz, Ladeinfrastruktur und Smart Mobility

#### **Donnerstag, 10.06.2021**

Ministerpräsidentenkonferenz

UBA zum Umweltrechtsschutz

**Neu** IG Metall zur Transformation automobilgeprägter Regionen

**Neu** DIN zu Smart Cities

Difu zum ÖPNV

**Neu** Bundespräsident und DBU zum grünen Wandel

DialogGesellschaft zum PlanSiG

**Neu** DSLV zur Logistikbranche nach der Wahl

VdTÜV zu Wasserstoff

#### **Freitag, 11.06.2021**

ZfV und TU Berlin zu Verkehrsökonomik und -politik

46. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen



## PLENUM

Mittwoch, 09.06.2021 | 12.00 Uhr

### 232. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

**Top 4** Befragung der Bundesregierung

**Top 5** Fragestunde (19/...)

Donnerstag, 10.06.2021 | 09.00 Uhr

### 233. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- Top 13a** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021 (19/27530)
- Top 13b** Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021 (19/...)
- Top 13c** Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: Bericht des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (Arbeitsbericht der 19. Wahlperiode) (19/...)
- Top 13d** Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes (19/30230)
- Top 13i** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/25647) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Erzeugung von Wasserstoff – Wohlstand und Umweltschutz – Synthetische Betriebs- und Treibstoffe mit Nuklearenergie der Generation IV (19/22446)
- Top 21a** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442, 19/28408, 19/28605 Nr. 1.17) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/...) und Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (19/...)
- Top 34** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts (19/25821) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 35** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Insolvenzsicherung durch Reisesicherungsfonds und zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften (19/28172) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 50a** Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes (19/...) – Überweisung im vereinfachten Verfahren
- Top 50b** Erste Beratung des von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einschränkung der Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen im Bereich der Bundesfernstraßen (Bundesfernstraßenprivatisierungseinschränkungsgesetz – BFStrPrivEinschG) (19/29788) – Überweisung im vereinfachten Verfahren

- Top 51c** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften (19/27654) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51j** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll vom 20. Februar 2008 zum Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) betreffend den elektronischen Frachtbrief (19/29564) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51l** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/...) zu der Verordnung der Bundesregierung: Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (19/29216) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51r** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Ausarbeitung und Umsetzung einer Smart-Cities-Strategie (19/28449) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51iii** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (19/10001) zu dem Antrag der Fraktion Die Linke: Motorradfahrende besser schützen – Unterfahrschutz muss Regel werden (19/8647) – Abschließende Beratung ohne Aussprache

**Freitag, 11.06.2021 | 09.00 Uhr**

## **234. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 44a** Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mobilität in ländlichen Räumen verbessern (19/27875)
- Top 44f** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (19/23921) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Den MobilPass jetzt einführen – Für eine attraktive, ökologische, bezahlbare Mobilität von morgen (19/14387) und zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Seamless Mobility innovativ gestalten – Vernetzt und digital in ganz Deutschland unterwegs (19/18674)
- Top 44g** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (19/...) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Teilen als Prinzip der Mobilität von morgen verankern – Rechtliche Grundlagen für neue Sharing-Angebote verbessern (19/25007)
- Top 44h** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (19/23981) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Motorradfahren erhalten – Keine unverhältnismäßigen Vorgaben für Motorräder und deren Fahrer (19/22553)
- Top 47** Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages (19/28784) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (19/...)

## AUSSCHÜSSE

Montag, 07.06.2021 | 14.00 Uhr

## 121. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE (ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)

- Top 1a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht (19/27453)
- Top 1b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht (19/27453) – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (19/28407)
- Top 2** Verordnung der Bundesregierung: Verordnung zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (19/29793)

Mittwoch, 09.06.2021 | 08.00 Uhr

## 115. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

- Top 43** Antrag der Fraktion der FDP: Synthetische Kraftstoffe als integraler Bestandteil einer ökologischen Kraftstoffstrategie (19/27180)
- Top 41** Antrag der Fraktion der FDP: Mit Innovationen zu nachhaltigen Lebensgrundlagen (19/22484)
- Top 42** Antrag der Fraktion der FDP: Mehr Tempo für die Nachhaltigkeit – mit Fortschritt und Innovation in die Zukunft (19/22493)
- Top 47** Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Zweiter Ausblick zur Entwicklung der Luftqualität

Mittwoch, 09.06.2021 | 08.00 Uhr

## 146. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES

- Top 11** Antrag der Fraktion der AfD: Keine CO2-Besteuerung (19/22426)

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.00 Uhr

## 122. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

- Top 1** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu den aktuellen wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und den Hilfsprogrammen der Bundesregierung
- Top 2** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zum aktuellen Stand der Ausgestaltung des "Zukunftsfonds Automobilindustrie" und der Umsetzung des Programms "Zukunftsinvestitionen in der Fahrzeugindustrie"
- Top 3a** Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442)
- Top 3b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442) – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (19/28408)

- Top 5a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht (19/27453)
- Top 5b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht (19/27453) – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (19/28407)
- Top 5c** Antrag der Fraktion der FDP: Für eine koordinierte Energiewende – Wasserstoff ganzheitlich denken (19/27819)
- Top 8** Verordnung der Bundesregierung: Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (19/29216)
- Top 11** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die ökologisch-soziale, digitale Transformation – Den Wandel der Industrie nachhaltig gestalten (19/26911)

**Mittwoch, 09.06.2021 | 09.00 Uhr**

### **114. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR**

- Top 1** Gespräch mit dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer
- Top 2** Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur: Hilfen für den ÖPNV im Nachtragshaushalt der Bundesregierung – auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Top 3** Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur: Klimaschutz: Schlussfolgerungen aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 – auf Antrag der Fraktion Die Linke
- Top 4** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Teilen als Prinzip der Mobilität von morgen verankern – rechtliche Grundlagen für neue Sharing-Angebote verbessern (19/25007)
- Top 5** Antrag der Fraktion Die Linke: Kein weiter so mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 (19/28778)
- Top 6** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zukunftspakt maritime Ausbildung für mehr Know-How in der Seeschifffahrt (19/29284)
- Top 7** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationaler Radverkehrsplan 3.0 (19/29250)
- Top 8** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung zum Stand und Fortschritt der Verhandlungen über einen barrierefreien Fernbuslinienverkehr auf EU-Ebene (19/29575)
- Top 9** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht über die Ergebnisse der Evaluation der Regelungen zum automatisierten Fahren (19/28800)
- Top 11** Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur: Nachbericht zur Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie (Teil: Verkehr) am 3. Juni 2021
- Top 13** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Sicherheit und Konnektivität im Eisenbahnverkehr im Hinblick auf die grenzüberschreitende Infrastruktur zwischen der Union und dem Vereinigten Königreich durch die feste Ärmelkanal-Verbindung

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.00 Uhr

## 158. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

- Top 1** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften (19/27654)
- Top 4** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts (19/25821)
- Top 5** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll vom 20. Februar 2008 zum Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) betreffend den elektronischen Frachtbrief (19/29564)

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.30 Uhr

## 76. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

- Top 9b** Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Gründung von gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von "Horizont Europa"

Mittwoch, 09.06.2021 | 13.30 Uhr

## 54. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WAHLPRÜFUNG, IMMUNITÄT UND GESCHÄFTSORDNUNG

- Top 2a** Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen: Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages (19/28784)

Mittwoch, 09.06.2021 | 13.45 Uhr

## 95. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 4e** Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie vom 03./04.06.2021
- Top 25 01)** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms "InvestEU"
- Top 28 01)** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang
- Top 28 02)** Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang

Mittwoch, 09.06.2021 | 14.00 Uhr

## 100. SITZUNG DES HAUSHALTAUSSCHUSSES

- Top 3** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Haushalts- und Wirtschaftsführung des Energie- und Klimafonds (EKF) 2021; Unterrichtung entsprechend § 4 Absatz 1 Satz 2 HG 2021 über die beabsichtigte Erteilung einer überplanmäßigen Ausgabe bis zur Höhe von 1.800.000 T Euro bei Kapitel 6092 Titel 893 01 – Zuschüsse zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge (Umweltbonus)
- Top 36** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Neubau der 5. Schleusenkammer Brunsbüttel (NOK)

Mittwoch, 09.06.2021 | 15.00 Uhr

## 71. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR TOURISMUS

- Top 1** Bericht der Bundesregierung zum finalen Stand der nationalen Tourismusstrategie
- Top 2** Bericht der Bundesregierung zu den aktuellen, den Tourismus betreffenden, Corona-Maßnahmen

Mittwoch, 09.06.2021 | 19.00 Uhr

## 83. SITZUNG DES PARLAMENTARISCHEN BEIRATES FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

- Top 1** Beschlussfassung der Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für Nachhaltige Entwicklung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021 (19/...)



# BUNDESRAT

### PLENUM

Keine Sitzung.

Keine Sitzung. Nächste Sitzung: 25.06.2021

### AUSSCHÜSSE

Mittwoch, 09.06.2021

## SITZUNG DES RECHTSAUSSCHUSSES (UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)

- Top 1** Gesetz zu dem Protokoll vom 30. April 2010 zum Internationalen Übereinkommen vom 3. Mai 1996 über Haftung und Entschädigung für Schäden bei der Beförderung gefährlicher und schädlicher Stoffe auf See (HNS-Übereinkommen 2010) (473/21)
- Top 2** Gesetz zur Ausführung des HNS-Übereinkommens 2010 und zur Änderung des Ölschadengesetzes, der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung, des Seeaufgabengesetzes und des Handelsgesetzbuchs (472/21)

Mittwoch, 09.06.2021

## SITZUNG DES VERKEHRSAUSSCHUSSES (UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)

- Top 2** Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (481/21)
- Top 7** Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (410/21)

Donnerstag, 10.06.2021

## SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALPOLITIK (UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)

- Top 5** Gesetz zur Anpassung des Produktsicherheitsgesetzes und zur Neuordnung des Rechts der überwachungsbedürftigen Anlagen (460/21)

Donnerstag, 10.06.2021

## SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT (UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)

- Top 4** Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote (477/21)

**Donnerstag, 10.06.2021**

**SITZUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES  
(UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)**

- Top 8** Verordnung zur Neuordnung kennzeichnungsrechtlicher Vorschriften für Reifen (398/21)
- Top 10** Zweite Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (406/21)

**Donnerstag, 10.06.2021**

**SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES (UMFRAGEVERFAHREN  
GEMÄß § 43 GO BR)**

- Top 7** Verordnung zur Änderung der Kassensicherungsverordnung (438/21)

**Freitag, 11.06.2021**

**SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAGEN DER EUROPÄISCHEN  
UNION (UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)**

- Top 3** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Eine Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert (444/21)
- Top 4** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020 – einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen (436/21)
- Top 5** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen (449/21)
- Top 6** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über einen neuen Ansatz für eine nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU: Umgestaltung der blauen Wirtschaft der EU für eine nachhaltige Zukunft (421/21)

 **TERMINE**

KW 23

**Montag, 07.06.2021 | 14.00 Uhr - 15.45 Uhr****NATIONALER ÖPNV-GIPFEL**

Format: Gipfel (Online)

Titel: Nationaler ÖPNV-Gipfel für klimagerechten und krisenfesten ÖPNV

Veranstalter: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Teilnehmer: Dr. Maike Schaefer (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bremen; Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz), Winfried Hermann MdL (Minister für Verkehr, Baden-Württemberg), Anke Rehlinger MdL (Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarland), Hendrik Wüst MdL (Verkehrsminister, Nordrhein-Westfalen), Susanna Karawanskij (Staatssekretärin, Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Thüringen)

Link: <http://tsp.pm/zB04L9>**Montag, 07.06.2021 | 14.00 Uhr - 16.00 Uhr****FES ZU ÖFFENTLICHER INFRASTRUKTUR UND INVESTITIONEN**

Format: Präsentation einer Studie und Diskussion (Online)

Titel: Baustelle zukunftsfähige Infrastruktur

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Teilnehmer: Sarah Ryglewski MdB (Parl. Staatssekretärin, BMF), Prof. Dr. Dörte Diemert (Stadtkämmerin und Dezernentin für Finanzen und Beteiligungen, Köln), Prof. Dr. Carsten Kühl (Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Difu), Prof. Dr. Michael Hüther (Direktor und Mitglied des Präsidiums, IW Köln), Hans Eichel (Bundesminister a. D.; Sprecher des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik, FES)

Link: <http://tsp.pm/JSvofw>**Montag, 07.06.2021 | 15.00 Uhr - 16.30 Uhr****FNF ZU INNOVATIVEN TECHNOLOGIEN**

Format: Diskussion (Online)

Titel: Innovationstalk – Wie kann Deutschland innovationsfitter werden? Technologische Souveränität

Veranstalter: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)

Teilnehmer: Dr. Volker Wissing (Generalsekretär, FDP), Dr. Harald Röckel (Vice President, BASF; Vorsitzender des Fachausschusses für Forschungs- und Bildungspolitik, VCI), Prof. Dr. Michael Waidner (Leiter, Fraunhofer SIT), Dr. Kathrin DiPaola (Programmkordinatorin, DWIH New York), Dr. Thomas Kathöfer (Hauptgeschäftsführer, AiF)

Link: <http://tsp.pm/jank2G>

**Dienstag, 08.06.2021 | 09.30 Uhr - 17.30 Uhr**  
**TAGESSPIEGEL ZUR ZUKUNFT DER MOBILITÄT**

Format: Konferenz (Online)

Titel: Future Mobility Summit 2021

Veranstalter: Verlag Der Tagesspiegel

Teilnehmer: Peter Altmaier MdB (Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Dorothee Bär MdB (Staatsministerin für Digitalisierung, Bundeskanzleramt), Dr. Markus Söder MdL (Ministerpräsident, Bayern), Elvan Korkmaz-Emre MdB (Mitglied im Ausschuss Verkehr und digitale Infrastruktur, SPD-Fraktion), Daniela Kluckert MdB (stv. Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, FDP-Fraktion), Cem Özdemir MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Link: <http://tsp.pm/xfFZfr>

**Dienstag, 08.06.2021 | 09.30 Uhr - 17.30 Uhr**  
**WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD ZUR TRANSFORMATION DER INDUSTRIE**

Format: Konferenz (Online)

Titel: Post-Coronomics – Transformation, Wachstum, Beschäftigung

Veranstalter: Wirtschaftsforum der SPD

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Hubertus Heil MdB (Bundesminister für Arbeit und Soziales), Dr. Matthias Miersch MdB (stv. Vorsitzender, SPD-Fraktion), Dr. Joachim Lang (Hauptgeschäftsführer, BDI), Hildegard Müller (Präsidentin, VDA)

Link: <http://tsp.pm/aBa9Od>

**Dienstag, 08.06.2021 | 12.00 Uhr - 14.00 Uhr**  
**Neu ALLIANZ, LIBMOD UND WWF ZUR TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT UND KLIMANEUTRALITÄT**

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: Die Transformation der Wirtschaft – zwischen sektoralen Ansätzen und einem generellen Ordnungsrahmen

Veranstalter: Allianz, Zentrum Liberale Moderne (LibMod), World Wildlife Fund (WWF)

Teilnehmer: Dr. Lukas Köhler MdB (klimapolitischer Sprecher, FDP-Fraktion), Dieter Janecek MdB (Sprecher für Industriepolitik und Obmann im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Veronika Grimm (Mitglied, SVR Wirtschaft), Hildegard Müller (Präsidentin, VDA), Carsten Qwitter (Chief Investment Officer, Allianz Group), Matthias Kopp (Leiter Sustainable Finance, WWF)

**Dienstag, 08.06.2021 | 17.30 Uhr - 19.00 Uhr**

**Neu BVMW ZUR PERSPEKTIVE DES MITTELSTANDS**

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: Klartext Mittelstand – Im Jahr der Entscheidungen: Spitzenpolitiker bekennen Farbe!

Veranstalter: Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP; Vorsitzender, FDP-Fraktion), Dr. Dirk Stenkamp (Präsident, VdTÜV), Dr. Joachim Damasky (Geschäftsführer, VDA), Markus Jerger (Bundesgeschäftsführer, BVMW)

Link: <http://tsp.pm/yl00Tn>

**Mittwoch, 09.06.2021 | 08.00 Uhr - 09.00 Uhr**

**VISA ZU DIGITALEM BEZAHLEN UND MOBILITÄT**

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: Future Mobility – Wie digitales Bezahlen die Mobilität von morgen ermöglicht

Veranstalter: Visa Europe

Teilnehmer: Anja Wenmakers (Geschäftsführerin, SWB Bus und Bahn), Tobias Czekalla (Country Manager Germany, Visa), Maïke Hornung (Senior Policy Lead Central Europe, Visa), Jürgen Schübel (Head of Merchant Services and Acceptance, Visa)

**Mittwoch, 09.06.2021 | 09.00 Uhr (bis 10.06.)**

**KOPERNIKUS-Projekte zur Klimaneutralität**

Format: Symposium (Online)

Titel: Klimaneutrales Deutschland: Technologien und Instrumente für die Energiewende

Veranstalter: Kopernikus-Projekte

Teilnehmer: Prof. Dr. Wolf-Dieter Lukas (Staatssekretär, BMBF), Dr. Stefan Kaufmann MdB (Innovationsbeauftragter Grüner Wasserstoff der Bundesregierung), Thorsten Herdan (Leiter der Abteilung Energiepolitik, Wärme und Effizienz, BMWi), Oda Keppler (Leiterin der Unterabteilung Nachhaltigkeit, Zukunftsvorsorge, BMBF), Berthold Goeke (Leiter der Unterabteilung Klimaschutzpolitik, BMU), Kerstin Andreae (Hauptgeschäftsführerin, BDEW), Holger Lösch (stv. Hauptgeschäftsführer, BDI)

Link: <http://tsp.pm/9ZN8V0>

**Mittwoch, 09.06.2021 | 10.45 Uhr - 19.45 Uhr**

**WIRTSCHAFTSTAG DER INNOVATIONEN 2021**

Format: Konferenz

Titel: Digitalpolitische Agenda 2030 – Ideen für ein innovatives Deutschland in einem souveränen Europa

Veranstalter: Wirtschaftsrat der CDU

Teilnehmer: Margrethe Vestager (Exekutiv-Vizepräsidentin, EU-Kommission), Roberto Viola (Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, EU-Kommission), Anja Karliczek MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung), Prof. Dr. Helge Braun MdB (Chef, Bundeskanzleramt), Dorothee Bär MdB (Staatsministerin für Digitalisierung, Bundeskanzleramt)

Link: <http://tsp.pm/1Lggf3>

**Mittwoch, 09.06.2021 | 11.00 Uhr**

**Neu ATTAC UND RLS ZU MOBILITÄTSPLATTFORMEN UND ÖPNV**

Format: Pressekonferenz (Online)

Titel: Öffentliche Mobilitätsplattformen – digitale Strategien für eine sozial-ökologische Mobilitätswende

Veranstalter: Attac Deutschland, Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

Teilnehmer: Dominik Piétron (Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Humboldt-Universität zu Berlin), Valentin Niebler (Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Humboldt-Universität zu Berlin), Anastasia Blinzov (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, RLS), Dr. Mark Herterich (Attac Deutschland)

**Mittwoch, 09.06.2021 | 14.30 Uhr - 18.00 Uhr**

**AGORA VERKEHRSWENDE ZUR BUNDESTAGSWAHL**

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: #AgoraStadtgespräch 2021 – Die Stadt, der Verkehr und die Wahl: Wie geht es weiter mit der Mobilitätswende?

Veranstalter: Agora Verkehrswende (Agora VW)

Teilnehmer: Dr. Christoph Ploß MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, CDU/CSU-Fraktion), Arno Klare MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, SPD-Fraktion), Dr. Christopher Gohl MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, FDP-Fraktion), Sabine Leidig MdB (stv. Vorsitzende der Parlamentsgruppe Schienenverkehr, Fraktion Die Linke), Stefan Gelbhaar MdB (verkehrspolitischer Sprecher, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Christian Hochfeld (Direktor, Agora Verkehrswende)

Link: <http://tsp.pm/bDWCFJ>

**Mittwoch, 09.06.2021 | 18.00 Uhr - 20.00 Uhr**

**INDUSTRIEKREIS ELEKTROMOBILITÄT ZU KLIMASCHUTZ, LADEINFRASTRUKTUR UND SMART MOBILITY**

Format: Parlamentarischer Abend (Online)

Titel: Elektromobilität auf der Überholspur: Wie sichern wir den weiteren Hochlauf?

Veranstalter: Industriekreis Elektromobilität

Teilnehmer: Georges Gilkinet (Vizepremierminister und Minister der Mobilität, Belgien), Steffen Bilger MdB (Parl. Staatssekretär, BMVI), Felix Schreiner MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, CDU/CSU-Fraktion), Johannes Pallasch (Leiter, Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur), Holger Lösch (stv. Hauptgeschäftsführer, BDI), Eva Kreienkamp (Vorstandsvorsitzende, BVG)

Link: <http://tsp.pm/xTOWs3>

**Donnerstag, 10.06.2021**

**MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ**

Format: Ministerkonferenz

Titel: Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und Besprechung mit der Bundeskanzlerin

**Donnerstag, 10.06.2021 | 07.30 Uhr - 09.00 Uhr**

### **UBA ZUM UMWELTRECHTSSCHUTZ**

Format: Parlamentarisches Frühstück (Online)

Titel: Umweltrechtsschutz im Fokus des Gesetzgebers

Veranstalter: Umweltbundesamt (UBA)

Teilnehmer: Dr. Christoph Ploß MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, CDU/CSU-Fraktion), Klaus Mindrup MdB (Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, SPD-Fraktion), Ralph Lenkert MdB (Sprecher für Umweltpolitik, Fraktion Die Linke), Dr. Bettina Hoffmann MdB (Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Dietmar Horn (Leiter der Abteilung Grundsätzliche und übergreifende Angelegenheiten der Umweltpolitik, BMU)

Link: <http://tsp.pm/4h2oQ8>

**Donnerstag, 10.06.2021 | 07.30 Uhr - 09.00 Uhr**

### **Neu IG METALL ZUR TRANSFORMATION AUTOMOBILGEPRÄGTER REGIONEN**

Format: Parlamentarisches Frühstück (Online)

Titel: Industriepolitische Frühstück der IG Metall

Veranstalter: Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)

Teilnehmer: Timo Ahr (Leiter der Transformationswerkstatt Saar, IG Metall), Olga Redda (2. Bevollmächtigte der Geschäftsstelle Regensburg, IG Metall)

**Donnerstag, 10.06.2021 | 08.00 Uhr**

### **Neu DIN ZU SMART CITIES**

Format: Parlamentarisches Frühstück (Online)

Titel: Nachhaltig – zirkulär – digital: Die resiliente Stadt der Zukunft

Veranstalter: Deutsches Institut für Normung (DIN)

Teilnehmer: Klaus Illigmann (Leiter des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Stadt München), Joachim Schonowski (Principal Business Consultant Smart Sustainable Cities, msg systems), Sibylle Gabler (Leiterin Regierungsbeziehungen, DIN), René Lindner (Leiter Smart City Standards Forum, DIN)

**Donnerstag, 10.06.2021 | 09.00 Uhr (bis 11.06.)**

### **DIFU ZUM ÖPNV**

Format: Seminar (Online)

Titel: Jetzt erst recht: Investitionsoffensive im ÖPNV – Schlüssel für die Verkehrswende

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Teilnehmer: Dr. Volker Deutsch (Leiter des Fachbereichs Integrierte Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement, VDV), Sarah Böhm (Leiterin Marketing, ViP Verkehrsbetrieb Potsdam), Thomas Kiel d'Aragon (Referent für Verkehr und Tiefbau, Deutscher Städtetag), Matthias Knobloch (Leiter des Fachbereichs nachhaltige Mobilität, Stadt Ludwigsburg), Dr. Jürgen Gies (Projektleiter im Forschungsbereich Mobilität, Difu)

Link: <http://tsp.pm/9Xuk5F>

**Donnerstag, 10.06.2021 | 11.00 Uhr (bis 11.06.)**

**Neu BUNDESPRÄSIDENT UND DBU ZUM GRÜNEN WANDEL**

Format: Themenwoche (Online)

Titel: Woche der Umwelt 2021 – So geht Zukunft!

Veranstalter: Bundespräsident, Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Teilnehmer: Dr. Ursula von der Leyen (Präsidentin, EU-Kommission), Dr. Frank-Walter Steinmeier (Bundespräsident), Rita Schwarzelühr-Sutter MdB (Parl. Staatssekretärin, BMU), John Kerry (US-Sonderbeauftragter für Klimafragen), Alexander Bonde (Generalsekretär, DBU)

Link: <http://tsp.pm/uOchTB>

**Donnerstag, 10.06.2021 | 15.00 Uhr - 17.00 Uhr**

**DIALOGGESELLSCHAFT ZUM PLANSIG**

Format: Parlamentarischer Abend (Online)

Titel: Ein Jahr PlanSiG: Rückblick und Ausblick

Veranstalter: DialogGesellschaft

Teilnehmer: Torsten Schweiger MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, CDU/CSU-Fraktion), Elvan Korkmaz-Emre MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, SPD-Fraktion), Daniela Kluckert MdB (stv. Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, FDP-Fraktion), Thomas Lutze MdB (Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Fraktion Die Linke), Daniela Wagner MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

**Donnerstag, 10.06.2021 | 15.30 Uhr - 17.00 Uhr**

**Neu DSLV ZUR LOGISTIKBRANCHE NACH DER WAHL**

Format: Diskussion (Online)

Titel: Zwischen unternehmerischer Eigenverantwortung und staatlichem Dirigismus – was erwartet die Logistikbranche in der nächsten Legislaturperiode?

Veranstalter: Deutscher Speditions- und Logistikverband (DSLV)

Teilnehmer: Andreas Scheuer MdB (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur), Dr. Christoph Ploß MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, CDU/CSU-Fraktion), Sören Bartol MdB (stv. Vorsitzender, SPD-Fraktion), Oliver Luksic MdB (verkehrspolitischer Sprecher, FDP-Fraktion), Matthias Gastel MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Axel Plaß (Präsident, DSLV)

Link: <http://tsp.pm/Jc68e8>

**Donnerstag, 10.06.2021 | 16.00 Uhr - 17.00 Uhr**

**VDTÜV ZU WASSERSTOFF**

Format: Diskussion (Online)

Titel: Wasserstoff: Sicherheit für saubere Energie

Veranstalter: Verband der technischen Überwachungsvereine (VdTÜV)

Teilnehmer: Dr. Stefan Kaufmann MdB (Innovationsbeauftragter Grüner Wasserstoff der Bundesregierung), Dr. Dirk Stenkamp (Präsident, VdTÜV)

Link: <http://tsp.pm/2IJPyk>

**Freitag, 11.06.2021 | 10.00 Uhr - 15.00 Uhr**

## **ZFV UND TU BERLIN ZU VERKEHRSÖKONOMIK UND -POLITIK**

Format: Fachkonferenz (Online)

Veranstalter: Technische Universität Berlin (TU Berlin), Zeitschrift für Verkehrswissenschaft (ZfV)

Teilnehmer: Dr. Hendrik Haßheider (Leiter des Referats Alternative Kraftstoffe und Antriebe, Infrastruktur, Energie, BMVI), Dr. Wiebke Zimmer (stv. Leiterin des Bereichs Ressourcen und Mobilität, Öko-Institut), Prof. Dr. Kai Nagel (Professor für Verkehrssystemplanung und Verkehrstelematik, TU Berlin), Prof. Dr. Georg Hirte (Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verkehrspolitik und Raumwirtschaft, TU Dresden), Prof. Dr. Thorsten Beckers (Professor für Infrastrukturwirtschaft und -management, Bauhaus-Universität Weimar)

Link: <http://tsp.pm/Kn6Spe>

**Freitag, 11.06.2021 | 16.00 Uhr (bis 13.06.)**

## **46. BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Format: Parteitag (Online)

Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen

Link: <http://tsp.pm/n10Rjn>

**KW 24**

**Montag, 14.06.2021 | 12.30 Uhr - 14.00 Uhr**

## **CDU/CSU-FRAKTION ZUM VERBRAUCHERSCHUTZ**

Format: Fachgespräch (Online)

Titel: Verbraucherschutz in Corona-Zeiten – Konsequenzen für den Gesetzgeber?

Veranstalter: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Teilnehmer: Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB (Parl. Staatssekretärin, BMWi), Sebastian Steineke MdB (Verbraucherschutzbeauftragter, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Jan-Marco Luczak MdB (rechtspolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Prof. Dr. Volker Ulrich (Präsident, GRPG), Klaus Müller (Vorstand, vzbv), Katja Heintschel von Heinegg (Geschäftsführerin, ZAW)

Link: <http://tsp.pm/YXL4at>

**Dienstag, 15.06.2021 | 09.30 Uhr - 12.30 Uhr**

## **BDO ZUM ÖFFENTLICHEN PERSONENVERKEHR**

Format: Forum (Online)

Titel: bdo-Politik-Forum zum Tag der Daseinsvorsorge

Veranstalter: Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo)

Teilnehmer: Alois Rainer MdB (verkehrspolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Detlef Müller MdB (Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, SPD-Fraktion), Torsten Herbst MdB (Obmann im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, FDP-Fraktion), Markus Tressel MdB (tourismuspolitischer Sprecher, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Peter Kurth (Präsident, BDE), Matthias Stoffregen (Geschäftsführer, mofair), Karl Hülsmann (Präsident, bdo)

Link: <http://tsp.pm/CVEAC2>

**Dienstag, 15.06.2021 | 10.00 Uhr - 15.30 Uhr**

### **BITKOM EIDAS SUMMIT 2021**

Format: Konferenz (Online)

Titel: Sicher, schnell und effizient: Digitalisierung mit den eIDAS-Mitteln erfolgreich umsetzen

Veranstalter: Bitkom

Teilnehmer: Dr. Ulrich Nußbaum (Staatssekretär, BMWi), Dr. Markus Richter (Staatssekretär, BMI; Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik), Norbert Sagstetter (Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, EU-Kommission), Stefan Schlosser (Leiter des Projekts Identitätsökosystem und Policy Advisor, BKAMt), Konstantin Götze (Leiter des Referats Elektronische Vertrauensdienste, BNetzA)

Link: <http://tsp.pm/34EEcf>

**Donnerstag, 17.06.2021 (bis 18.06)**

### **WIRTSCHAFTSMINISTERKONFERENZ (WMK)**

Format: Ministerkonferenz

Link: <http://tsp.pm/eFpjR6>

**Donnerstag, 17.06.2021 | 10.00 Uhr - 12.00 Uhr**

### **DENA ZU MIKROMOBILITÄT**

Format: Diskussion (Online)

Titel: Mikromobilität: E-Scooter-Sharing – Potenzial für die Verkehrswende?

Veranstalter: Deutsche Energie-Agentur (dena)

Teilnehmer: Kristina Haverkamp (Geschäftsführerin, dena), Prof Dr. Semih Severengiz (Leiter des Fachbereichs Elektrotechnik und Informatik, HS Bochum), Miriam Dross (Leiterin des Fachgebiets nachhaltige Mobilität in Stadt und Land, UBA), Tobias Breyer (COO, Swobbee), Ailin Huang (Leiterin der Abteilung Nachhaltigkeit, TIER Mobility)

Link: <http://tsp.pm/CTtCxp>

**Donnerstag, 17.06.2021 | 10.00 Uhr - 15.00 Uhr**

### **INNOVATIONSTAG MITTELSTAND 2021**

Format: Tagung (Online)

Veranstalter: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Teilnehmer: Thomas Jarzombek MdB (Beauftragter des BMWi für Digitale Wirtschaft und Start-ups; Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt), Carmen Heidecke (Leiterin des Referats Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand, Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen, BMWi), Sandra Balz (Leiterin der Geschäftsstelle Berlin, TISiM), Martin Lundborg (Leiter der Abteilung Kommunikation und Innovation, WIK Consult), Kilian Depuhl (Hub Agency Consultant, Digital Hub Initiative)

Link: <http://tsp.pm/NMDA5B>

**Freitag, 18.06.2021 | 09.00 Uhr - 10.00 Uhr**  
**VDTÜV ZU URBANER MOBILITÄT**

Format: Diskussion (Online)

Veranstalter: Verband der technischen Überwachungsvereine (VdTÜV)

Teilnehmer: Stefan Gelbhaar MdB (verkehrspolitischer Sprecher, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Marion Jungbluth (Leiterin Mobilität und Reisen, vzbv), Hartmut Abeln (CEO, TÜV NORD; Vorsitzender der Kommission Verkehrswesen, VdTÜV)

Link: <http://tsp.pm/OhAgvB>

**Freitag, 18.06.2021 | 10.30 Uhr - 14.20 Uhr**  
**NATIONALE LUFTFAHRTKONFERENZ 2021**

Format: Konferenz (Online)

Titel: Take off für die Luftfahrt der Zukunft – innovativ, nachhaltig und resilient

Veranstalter: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Teilnehmer: Adina Vălean (EU-Kommissarin für Verkehr), Dr. Angela Merkel MdB (Bundeskanzlerin), Andreas Scheuer MdB (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur), Peter Altmaier MdB (Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Thomas Jarzombek MdB (Beauftragter des BMWi für Digitale Wirtschaft und Start-ups; Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt), Dr. Dietmar Woidke MdL (Ministerpräsident, Brandenburg), Michael Kretschmer MdL (Ministerpräsident, Sachsen), Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Nordrhein-Westfalen)

Link: <http://tsp.pm/OxVL1u>

**Samstag, 19.06.2021 | 10.00 Uhr (bis 20.06.)**  
**PARTEITAG VON DIE LINKE**

Format: Parteitag (Online)

Veranstalter: Die Linke

Link: <http://tsp.pm/GA8TH7>

# IMPRESSUM

## TAGESSPIEGEL POLITIKMONITORING

---

Verlag Der Tagesspiegel GmbH  
Askanischer Platz 3 · 10963 Berlin  
Geschäftsführer: Farhad Khalil, Ulrike Teschke  
Verantwortlich im Sinne von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Mathias Müller  
von Blumencron, Christian Tretbar  
Tel: (030) 290 21-11 420 · Fax: (030) 290 21-11 430  
[politikmonitoring@tagesspiegel.de](mailto:politikmonitoring@tagesspiegel.de)  
[monitoring.tagesspiegel.de](http://monitoring.tagesspiegel.de)